

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungen und
Bahnstellen-Anzeigen die
gespaltenen Kolonel-Zeile
so
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Ein guter Griff!

Ein preußisches Gericht hat kürzlich einen ehemaligen Unteroffizier, der als wohlangelehrter und hochbeholdeter Beamter der Kanonenfirma Krupp nicht nur die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen, sondern auch noch die seiner Freunde in den Dienst der Firma stellte, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Freunde waren nämlich im Nebenname auch künftig preußische Militärs und hatten die Kenntnisse und Erfahrungen, die sie durch ihren unerträglichen und gar nicht trügerischen Freund Brandt an die Firma Krupp weitergaben, in dieser Eigenschaft erworben. Das Gericht sah insgesamt in der freundschaftlichen Freigabe des Brandt ganz gewöhnliche Bestechung und erkannte dafür „auf die erwähnten vier Monate.“

Mit Brandt stand auch ein Direktor der Firma Krupp vor dem Richter. Er sollte die Bestechungen gelaufen, gebilligt und für die Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel gefordert haben. Auch ihn sprach das Gericht schuldig. Mit 1200 Mark Geldstrafe soll er seinen Frevel führen. Das ist allerdings für den mit 100 000 Mark und mehr jährlich beschäftigten Kruppdirektor weniger als wenn ein armer Teufel einen Hosenknoten verliert, aber man darf schwere Leute nicht zu hoch hängen, sonst reißt der Strick und der Henker verliert sein Amt.

Die Presse, die der sehr verdienten und sehr viel verdienenden Firma Krupp geistig nahe und materiell noch näher steht, meint, der ganze Prozeß sei sehr überflüssig gewesen. Die geschäftliche Moral, nicht nur der Firma Krupp, sondern aller Firmen, die sich bei Lieferungen für unser glorreiches Kriegsheer große Verdienste erworben haben, stehe so hoch, sei so einwandfrei, daß es nicht nötig gewesen wäre, die moralische Regel dadurch zu bestätigen, daß die sprichwörtliche Ausnahme ans Kreuz geschlagen wird. Doch es ist nicht unsre Sache, das zu untersuchen.

Uns interessiert hier etwas andres. Als im April dieses Jahres der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht im Reichstag durch das Kruppsche Korn walzte und dadurch der Firma die Gnade verbarb, beauftragte der Reichstag die Regierung, eine Kommission zur Untersuchung aller Militärlieferungsgeschäfte zu bilden. Die Regierung beeilte sich, den Auftrag auszuführen. Schon jetzt, also kaum 6 Monate nach Erteilung des Auftrages, hat sie die Mitglieder für diese Kommission fast zusammen. Dass sie dabei den Abgeordneten Liebknecht, den eigentlichen Urheber der unangenehmen Kruppkerei, nicht haben will, ist durchaus verständlich. Denn der hat bewiesen, daß er für geschäftliche Generosität ebenso wenig Verständnis hat wie für die Pflege alter und neuer Freundschaften.

Doch das wieder nur nebenbei. Die Regierung hat, gründlich wie sie nun einmal ist, neben den eigenständigen Mitgliedern der Kommission noch eine Anzahl Sachverständige aus allen möglichen Gebieten zugezogen. Dabei scheint sie mit großer Sachkunde auszuwählen. Wenigstens finden wir unter den öffentlich Genannten mehrere, die zweifellos über ein erhebliches Maß von Sachkunde und Erfahrung auf dem der Kommission zugewiesenen Gebiete verfügen: Sachkunde allein tut allerdings nicht; es muß auch der gute Willen durchzutreten dabei sein. Und zum guten Willen muß die kritische Über, das geschäftliche Misstrauen kommen, das zwischen den Zeilen liegt und unter den Worten hört.

Ein Mitglied der Kommission, daß alle diese Eigenschaften und Fähigkeiten in sich vereinigt, ist u. E. der Geheimrat Professor Dr. Duisberg, der Leiter der Elberfelder Farbwirke, eines Riesenbetriebes der chemischen Industrie. Dr. Duisberg ist nicht nur Führer in einer Industrie, die mit allen Schikanen arbeitet, er ist auch entschlossener Gegner aller unlauteren Geschäftsmethoden, was schon seine Mitgliedschaft im Verein gegen das Bestechungswesen beweist. Er ist aber auch außerordentlich kritisch veranlagt und besitzt die Tugend des geschäftlichen Misstrauens in einem sehr hohen Grade. Dafür sollen die nachfolgenden Zeilen einige Beweise liefern.

Vor reichlich zwei Jahren, im April 1911, hielten dreizehn leitende Herren der Elberfelder Farbwirke eine Betriebskonferenz ab, wie sie in diesem Unternehmen als „Mittwochskonferenzen“ üblich sind. Daran nahmen, neben elf Doktoren und Direktoren, deren Namen hier ebenfalls sind, auch die Herren Kommerzienrat Böhmer und Geheimrat Dr. Duisberg teil. Beraten wurde über Betriebsangelegenheiten aller Art, über Fragen der Konkurrenz, der Reklame usw. Z. B. wurde berichtet, daß der klagen Donnerstag „das uns geschäftliche Material der chemischen Industrie“ nicht erfahren dürfe; daß das auf den Markt gebrachte „Eisen-Sojadim“ „nicht viel leiste“, daß aber eine „etwas verstärkte Sojadimreklame“ gemacht werden müsse; daß „Lactagogum“ nur „in einem Falle“ günstig auf die Milch eingewirkt habe; daß Dr. Hoerlein ein neues Abortivmittel entdeckt habe und was vergleichbare interessante Kleinigkeiten aus einem großen Betriebe mehr sind.

Auch über die Qualität der Erzeugnisse der Firma wurde beraten. Dabei zeigte sich Herr Dr. Duisberg als Gegner aller bürokratischen Engpazigkeit. So waren z. B. alle übrigen Teilnehmer an der Konferenz der Meinung, daß man den „Duran-Tabletten“ keine unlöslichen Quellsmittel, wie Stärke usw. zugesetzen dürfe, weil das „den modernen Anschauungen von Antiseptik widerstrebe“. Nur Herr Dr. Duisberg war anderer Meinung. Auch als ein Teilnehmer der Konferenz demonstrierte, daß die Aspirintabletten der Firma sich zu „am lösen und deshalb nicht als lösliches Aspirin bezeichnet werden können, widerstreift

Dr. Duisberg. Er meint, es müsse nicht verlangt werden, daß die Lösung direkt vollständig sei. Die Tabletten könnten sich auch „erst im Magen oder im Darm lösen“. Dass in diesen beiden Fällen die wissenschaftlichen Anschauungen des Herrn Duisberg sich mit den Interessen der Firma decken, sagt natürlich gar nichts gegen diese Anschauungen selbst. Wir registrieren die Fälle bei dieser Gelegenheit nur, um eb. verunserten Leuten Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern.

Weniger einwandfrei ist der folgende Fall, der auf die Art der Einführung neuer Heilmittel ein eigenartiges Licht wirft. Wir zitieren nach dem Protokoll der Sitzung:

„Dr. Goldmann hat sich mit dem Dezerrenten für das Hebammerwesen im Münsterium in Verbindung gesetzt wegen der obligatorischen Einführung des Sophors. Es wird eine Einigung einer Autorität auf dem Gebiet an das Ministerium verlangt. Wir wollen diesbezüglich an Prof. v. Hertf herantreten, ev. Prof. Döderlein (München) dafür in Anspruch nehmen.“

Hier ist schon manches dunkel. Ein Dr. Goldmann wendet sich an das Ministerium und berichtet an die Firma über das Resultat seiner Bemühungen. Das Ministerium fordert eine „Autorität“, und die Farbwerke wollen Professor Hertf oder Döderlein, also bekannte und berühmte Gelehrte, dafür „in Anspruch nehmen“. Wir wissen nicht, ob einer der Herren das angeforderte Gutachten erstattet hat, und, wenn ja, nehmen wir selbstverständlich an, daß es geschehen ist aus ehrlichster Überzeugung und ohne jede Rücksicht auf die Firma, die das Produkt herstellt. Aber wir sind zugleich überzeugt, daß die Herren das Erfuchen der Firma entschieden abgelehnt hätten, wenn sie wüßten, wie die Firma Vertreter der Wissenschaft schickt und — einfältig. Doch dazu zunächst noch einen Auszug aus dem Protokoll. In einem Bericht aus Berlin über ein neueingeführtes Heilmittel heißt es, daß das Gesamtergebnis „keineswegs günstig“ sei. Dann heißt es:

„Von fast allen Patienten wurde über unangenehme, metallischen Geschmack geklagt. Es zeigten sich Fobismuserscheinungen, wie bei z. B. ferner Durchfälle usw. Die Folge waren denen des z. B. nicht überlegen. Das Urteil gründet sich auf folgende Berichte:

1. am Friedrich-Wilhelm-Hospital (22 Patienten, davon 14 Versager),
2. an der Klinik von Professor Blaschko,
3. in der Praxis eines beschäftigten Dermatologen.“

Dann folgt ein Hinweis auf ein Gutachten aus der dermatologischen Klinik in München. Dieses Gutachten stützt sich auf 2 — zwei! — Fälle. Dabei sind in einem Falle die Krankheitserscheinungen zurückgegangen. Das scheint der Konferenz begreiflicherweise allzu mager. Es heißt nämlich weiter im Protokoll:

„Prof. Winterich hat sich bereit erklärt, den (folgt Name des Präparates) noch weiter zu prüfen, doch erscheint Brixius ihm gegenüber geboten, weil er mit Hoffmann-La Roche in Konkurrenz stehen soll.“

Zum besseren Verständnis dieses Saches sei angeführt, daß „Hoffmann-La Roche“ eine chemische Fabrik in Grenzach ist, die ähnliche „Heilmittel“ herstellt. Wie kann nun Professor Winterich mit dieser Firma „in Konkurrenz stehen?“ Und wenn er wirklich finanziell an dem Wohlergehen jener Firma interessiert wäre, könnte ihn das hindern, ein von einer andern Firma erzeugtes Heilmittel nach bestem Wissen zu begutachten? Professoren sind doch nicht etwa bestochene Subjekte, die ihre Wissenschaft in den Dienst dessen stellen, der sie am besten bezahlt! Woher also das Misstrauen? Doch registrieren wir hier gleich noch einen andern Fall:

„Hydrastinin. — Die Versuche bei Professor Kehler sind im Gange. Berlin hat den Frauenarzt Dr. Fall, der z. B. in die gynäkologische Praxis eingeführt hat, interessiert, doch scheint dies tatsächlich nicht richtig, da z. B. am Stypicin beteiligt und infolgedessen an Merc gefeiert ist.“

„Merc“ ist natürlich keine schöne Länzerin, in deren Ketten ja zuweilen auch Männer der Wissenschaft schwanken, sondern eine chemische Fabrik in Darmstadt, die das erwähnte Stypicin herstellt. Der Satz kann also in diesem Zusammenhange nur sagen sollen, daß der Arzt finanziell bei der Firma Merc interessiert ist und mit Rücksicht darauf das Ergebnis der Elberfelder Werke als ein Konkurrenzzeugnis ansehen und bewerten wird. Wir haben nun gar kein Mandat, Herrn Dr. Fall gegen solche Unterstellungen zu verteidigen, müssen aber doch sagen, daß das geschäftliche Misstrauen, daß wir oben bei Herrn Dr. Duisberg als eine Tugend rühmen, hier in einer recht bedenklichen Unstugend umschlägt. Wenn wir ebenso misstrauisch wären, würden wir die Vermuthung, daß Berlin Dr. Fall „interessiert“ hat, so deuten, daß auch dieses Interesse einen metallischen Beigeschmack hat. Wir nehmen jedoch an, daß es sich hier um rein wissenschaftliche „Interessierung“ handelt. Oder haben die Herren der Elberfelder Farbwirke für ihr Misstrauen gute Gründe, sind ihnen Arzte bekannt, die sich durch materielle Erwägungen bei der Prüfung und Begutachtung neuer Heilmittel leiten lassen? Dann ist es ihre Pflicht, diese Verbrecher an der leidenden Menschheit an den Pranger zu stellen.

Mit diesen Erinnerungen mag es für heute sein Beenden haben. Gelegentlich gehen wir voraussichtlich auf die Geschäftsgewandtheit und Geschäftsgewohnheiten chemischer Riesenbetriebe noch einmal näher ein. Es lag uns heute nur daran, nachzuweisen, daß der Leiter der Elberfelder Farbwirke, Herr Geheimrat Dr. Duisberg, nicht nur über vielseitige und umfassende Erfahrungen auf dem der Kommission übertragenen Arbeitsgebiete verfügt, sondern auch jenes kritische Misstrauen besitzt, das vor keinem Menschen haltmacht und das ihn befähigen wird, die verschlungenen Füßen kapitalistischer Kundenfängerlei zu entwirren. Da wir außerdem Grund haben, anzunehmen, daß unter den übrigen Sachverständigen und Mitgliedern der Kommission sich auch noch Leute befinden, die

über ein ähnliches Maß von Erfahrungen, ebensoviel guten Willen und nicht weniger kritischer Blick verfügen, dürfen wir hoffen, daß die eingesetzte Kommission ihre Aufgabe sehr schnell und sehr gründlich erledigen wird.

Die Wirtschaftslage.

Die allgemeine Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten einen bedenklichen Umfang angenommen. Allen Ablehnungen der Unternehmer, allen Schönsärbereien kapitalistisch interessierter Blätter zum Trotz muß festgestellt werden, daß die Geschäftslage in zahlreichen Industriezweigen trostlos ist. Zwar zeigt der September gegen den August eine geringe Besserung (über den Monat Oktober liegen Berichte noch nicht vor), aber das ist nur die alljährlich einzehende Herbstbelebung, die schnell wieder verebbt. Ueberdies ist trotz der geringen Besserung die Lage auf dem Arbeitsmarkt sehr ungünstig. Bei den an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Arbeitsnachweisen kamen im September des Vorjahrs auf 100 Stellenangebote 141 Arbeitsuchende, im September dieses Jahres dagegen 160. Dass es im August sogar 178 waren, ist, wie schon gesagt, deshalb ein schlechter Trost, weil der Oktober und der laufende Monat wieder erhebliche Verschlechterungen bringen werden.

Schärfer und zuverlässiger als in den Zahlen der Arbeitsnachweise wird die Lage auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet in den Berichten der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenunterstützung. Die Ergebnisse dieser Berichte für das dritte Vierteljahr 1913 sind in der Oktobernummer des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht. Sie zeigen eine ganz wesentliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Am letzten Tage des dritten Vierteljahrs waren im Jahre 1912 von je 100 Gewerkschaftsmitgliedern 1,5 arbeitslos, in diesem Jahre aber 2,7. Das heißt, die Arbeitslosigkeit war in diesem Jahre am Schlusse des dritten Vierteljahrs um 80 Prozent höher als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. Noch bedenklicher ist die Tatsache, daß seit Beginn dieser Statistik (1903) noch nie an diesem Zeitpunkt eine größere, und nur einmal (1908) eine ebenso große Arbeitslosigkeit statistisch ermittelt worden ist. Damit ist gesagt, daß die Arbeitslosigkeit zurzeit die des Britenjahrs 1908 erreicht hat.

Das gleiche ungünstige Resultat ergibt sich, wenn nicht der Stichtag am Schlusse des Vierteljahres (oder irgendein andrer) zum Maßstab genommen wird, sondern die Zahl der im ganzen dritten Vierteljahr angemeldeten Fälle von Arbeitslosigkeit. Im dritten Vierteljahr 1913 kamen nämlich auf je 100 Mitglieder 9,2 Fälle von Arbeitslosigkeit; diese Fallziffer ist in der zehnjährigen Berichtszeit auch erst ein einziges Mal (im dritten Vierteljahr 1908) erreicht worden. Noch schärfer prägt sich die Verschlechterung aus in der Gegenüberstellung der ausgezahlten Unterstützungssumme. Es wurden als Unterstützung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise von den betreffenden Gewerkschaften ausbezahlt:

1912 - 1 957 416 Mark

1913 3 120 720

Das ist eine geradezu bedenkliche Steigerung der Ausgaben. Vor allem, wenn man berücksichtigt, daß das dritte Vierteljahr noch keinen Wintermonat umfaßt, also zu der günstigen Jahreszeit gerechnet werden muß. Seht sich die Verschlechterung so fort, so werden das laufende und das nächste Vierteljahr an die Gewerkschaftsläden ganz außerordentliche Ansprüche stellen.

In dem Agitationgebiet unsres Verbandes liegen die Verhältnisse noch nicht ganz so ungünstig als im allgemeinen. Zwar geht es in den Ziegeleien schon längere Zeit herzlich schlecht, und die Papierfabriken liegen auch über schleppenden Geschäftsgang. Dagegen hat die Zuckerrindustrie reichlich Arbeit und die chemische Industrie ist mindestens in ihren Hauptzweigen noch immer einigermaßen beschäftigt. Doch lassen wir darüber zunächst einmal den Unternehmern und Unternehmervereinigungen, die über die Geschäftslage an das „Reichsarbeitsblatt“ berichten, das Wort. Es heißt dort in den Berichten aus der chemischen Industrie:

Die chemische Großindustrie hatte in dem letzten Monat gleichmäßige Beschäftigung. Der Absatz war zwar infolge des jähwärmeren Absatzes schwächer als im Vormonat und zur Zeit des Vorjahrs.

Die Schwefel- und Säurefabriken konnten ebenfalls ihre gute Beschäftigung aufrecht erhalten. Das gleiche gilt von der Gelatinfabrikation, die allerdings infolge der ungünstigen Geschäftslage eine geringe Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr erlitten hat.

In der Fabrikation chemisch-pharmazeutischer Produkte, die im allgemeinen zufriedenstellend war, leidet der Geschäftsgang immer noch unter den unzulänglichen Verhältnissen auf dem Balkan, und es zeigt sich gegenüber dem Vormonat eine kleine Verschlechterung, die darauf zurückzuführen ist, daß im Inland nach wie vor die Geldverhältnisse gedrückt sind, die Verbraucher ihre Käufe einschränken und daß vielfach im Ausland ein vergrößerter Absatz nicht erzielt werden kann. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Beschäftigungsgrad im allgemeinen unverändert, in einer Reihe von Betrieben jedoch besser gewesen.

Die Lackfabriken waren großenteils zufriedenstellend beschäftigt. Das gleiche gilt von den Anilin- und Leinölfabriken.

Auch die Farben- und Kerzenfabrikationsfabrikation war nach einem Bericht des Vereins deutscher Farbstoff- und Kerzenfabrikanten in guter Beschäftigung, die sogar infolge der flotteren Nachfrage besser als im Vormonat und Vorjahr sich erwies.

In der normalen Beschäftigung der Leinölfabrikation ist gegenüber dem Vormonat und Vorjahr keine Veränderung eingetreten.

Der Proletarier.

Die Betriebsfabriken konnten eine geringe Verbesserung gegen den Vormonat feststellen und eine Verschlechterung des Umfangs gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres.

Aus der Glykogenfabrikation wird über schlechte Beschäftigung gesagt, die sich gegenüber dem Vormonat infolge des Mangels an Aufträgen und weiter verschlechtert hat.

Die Weißblechentzinnungsfabriken hatte gute Zahlen, doch waren die verlaufenen Mengen geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Es bestand ein starkes Überangebot an Arbeitskräften.

Die Motorreifen erfreuten sich guter Beschäftigung, die gegenüber dem Vorjahr eine Veränderung aufweist.

29 Firmen der chemischen Industrie hatten Ende September 34 495 Arbeiter gegen 31 518 im Vorjahr, also 9,45 v. H. mehr.

Die berühmten Betriebskrankenkassen der chemischen Industrie, denen 42 734 männliche und 413 weibliche Mitglieder angehören, hatten im Berichtsmonat eine Abnahme von 7,41 in männlichen und 80 weiblichen Personen aufzuweisen.

Diese Berichte zeigen ein wechselndes auf und ab. Besser, schlechter, unverändert, je nachdem. Einen Gesamtüberblick ermöglichen lediglich die Zahlensangaben am Schluß des Berichts. Danach ist, nach den Berichten der Firmen, der Arbeiterstand gegen die gleiche Zeit des Jahres 1912 um rund 3000 gestiegen. Diese Angabe zeigt einen allgemeinen Aufschwung gegen das Vorjahr. Aber der Überfluß kommt auch hier. Die Betriebskrankenkassen hatten nämlich im September fast 1000 Mitglieder weniger als im August dieses Jahres. Also eine erhebliche Verschlechterung. Die ist aber keineswegs für diese Jahreszeit normal; im September des Vorjahrs hatten die Betriebsklassen einen Zufluss von 750 Mitgliedern. Dieses Jahr statt Abnahme Verlust — ein Zeichen, daß selbst die chemische Industrie, die aus den letzten Wirtschaftskrisen immer sehr gut herausgekommen ist, von dem gegenwärtigen Niedergang nicht unberührt bleibt.

Über die Geschäftslage in andern Teilen unseres Verbundes berichtet das "Reichsarbeitsblatt" wie folgt:

In der Chemieindustrie stieg der Beschäftigungsgrad ab infolge Nachlassens der Nachfrage auf dem Inlande wie auch Auslandsmarkt. Es trat gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs eine Verschlechterung ein.

Bei den Ziegelseien war im Berichtsmonat der Absatz gut, die Beschäftigung jedoch völlig unzureichend und wesentlich schlechter als zur gleichen Zeit des Vorjahrs.

Die Tonwarenfabriken waren gut beschäftigt, dagegen hielt in der Fabrikation von Gebrauchsgegenständen im Vormonat gemeldete Verschlechterung an.

Die Zellstoffindustrie hatte nach einem Bericht des Vereins Deutscher Zellstofffabrikanten im allgemeinen gerade noch ausreichenden Beschäftigungsgrad, der jedoch im Verhältnis zum Vorjahr etwas verschlechtert war.

In der Holzstoffindustrie ließ nach einem Bericht des Vereins Deutscher Holzstofffabrikanten der Wasserstand, der im Anfang des Monats günstig war, allmählich zu wünschen übrig, und infolgedessen stieg auch die Beschäftigung bedenklich ab, so daß eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat eintrat. Auch die übrigen Berichte aus der Holzstoffindustrie bezeichnen den Beschäftigungsgrad als ungünstig.

In der Papierindustrie gestaltete sich nach einem Bericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten in Druckpapier das Geschäft weiterhin leicht, und auch in den andern Papiersorten war die Beschäftigung ungenügend und schlechter als im Vormonat und Vorjahr. Es war ein größeres Arbeitserangebot als sonst vorhanden. Einige Fabriken zögerten mit Einschränkungen zu arbeiten. Auch die übrigen Berichte aus der Papierindustrie bezeichnen den Beschäftigungsgrad als ungünstig und schlechter als im Vormonat. Aus der Druckpapierindustrie wird ebenfalls über angenommene Verschlechterung gesagt.

Aus der Zigarettenindustrie lonten die Berichte nicht einheitlich. Ständig ein Teil derselben den Beschäftigungsgrad als befriedigend und gut bezeichnet, liegt ein anderer Teil über ungenügende und schlechte Beschäftigung, die infolge der trockenen Lage auf dem Bau- und dem sonstigen Markt eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat nicht weiter verschlechtert habe.

Aus der Industrie für Verbrauchsgegenstände aus Wellpappe wird über Überproduktion und schleppeende Absatz gellagt.

Die Industrie für Dachpappen konnte im vergangenen Monat im allgemeinen befriedigend arbeiten. Es zeigte sich allerdings, da es infolge des Rückgangs der Bauaufgabe eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat.

Die Zigarren- und Kaffeesurrogat-Fabriken waren nicht besonders gut beschäftigt; es erfolgte zum Teil Herausfallung der Arbeitszeit.

Die Zigarrenindustrie war nach einem Bericht des Vereins Deutscher Zigarrenfabrikanten während des letzten Halbjahres ziemlich rege beschäftigt. Es wird dies darauf zurückgeführt, daß die Saison in diesem Jahre größer ausfiel als im vorherigen. Der Beschäftigungsgrad in diesem Jahre war besser als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Die Arbeitszeit war derselbe, nur wurde länger gearbeitet, als dieses im Vorjahr infolge der fehlenden Rohware möglich war. Auch im letzten Monat gestaltete sich nach Berichten von andern Betrieben durch die große Ernte von Gemüse, Obst und Soßen der Beschäftigungsgrad befriedigend. Es mußte zum Teil Unzufriedenheit eingesetzt werden.

Das Bild zeigt fast nur dunkle Farben. Überall Klagen und überall Jammer. Man darf auch nicht annehmen, daß diese Berichte, die ja von Unternehmern stammen, absichtlich schwärzen. Sicherlich kann das Gegenteil bestreiten, denn die Unternehmer haben viele Gründe, in solchen Berichten nicht allzu sehr zu klagen. Einmal erleichtern sie damit ihren Abnehmern den Druck auf die Preise, ferner beeinträchtigen sie ihre Söhnen und Freunde und endlich bestätigen sie damit die Feststellungen der Arbeiterschaft, die unter Beweis setzt diesen Niedergang des Wirtschaftslebens für die von der Arbeitslosigkeit betroffenen fordert. Die "Arbeitsüberzeitung" versucht deshalb auch, in richtiger Erkenntnis der Wirkung solcher Beispiele aus dem Unternehmerlager, den Eintritt dadurch abzuschrecken, daß sie die wenigen eigenen Berichte, in denen zutreffende Anführungen oder gute Berichte an Arbeitern gemacht wurde, aus dem Gesamtbericht herausstanzte wie Blumen aus einem Grasen. Mit dem so freien Bericht hätte sie dann die Behauptung, daß eine allgemeine Arbeitslosigkeit nicht vorhanden, eine Arbeitslosenunterstützung also nicht nötig sei. Das ist ein ganzes Interesse der Unternehmer ein Schönfärbchen wird zwar nicht verhindern, daß hier und da ein Bericht durch Schönfärbchen mehr als berechtigt wäre, aber im großen und ganzen kann man den Berichten Schönfärbchen nicht nachhören.

Wir haben überdies für die Wirtschaftslage in unserer Verbundesstadt nach einer andern, zutreffenderen Raspel: Die Arbeitslosigkeit kostet Mitglieder. Darüber einige Zahlen:

Auf je 100 Mitglieder fallen Fälle von Arbeitslosigkeit im ganzen Quartal:

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
1. Quartal	44	73	12,5	8,5	6,7	7,7	6,5
2. Quartal	25	47	30	4,7	3,3	3,2	4,2
3. Quartal	23	43	42	3,1	3,0	2,8	2,1
4. Quartal	44	9,3	6,3	5,3	5,3	4,0	—

Danach war die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal des laufenden Jahres etwas geringer als im gleichen Quartal 1912.

Dann geht aber eine erhebliche Verschlechterung ein. Das zweite Quartal steht um rund 30, das dritte schon um fast 60 Prozent über der Ziffern der gleichen Zeiträume im Vorjahr. Deutliche Tendenzen zeigen die ausgewählten Untersuchungen zusammen, die wir nachstehend zusammestellen.

	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Wk.	Mr.						
1.	69 217	128 422	272 116	198 087	141 040	221 881	169 616
2.	25 766	64 138	68 077	99 850	64 603	58 936	85 339
3.	27 128	63 384	60 467	50 160	56 417	51 979	87 769
4.	29 198	123 366	99 968	84 202	59 492	88 980	—
Jahr	161 301	379 310	500 626	441 299	351 642	416 236	—

In der Wenderichtung zeigt sich hier dasselbe Bild wie oben. Jedoch kommt die Verschlechterung noch schärfer zum Ausdruck. Während im ersten Quartal eine erheblich geringere Summe ausbezahlt wurde als im Vorjahr, ist in den beiden folgenden Quartalen das Verhältnis umgedreht. Im zweiten Quartal ist die Ausgabe um 45 Prozent, im dritten gar um fast 70 Prozent höher als 1912. In beiden Quartalen zusammen wurden 1912 110 945 Mark, 1913 dagegen 173 108 Mark oder 62 163 Mark mehr ausgegeben. Damit dürfte zur Genüge dargelegt sein, daß auch in unserem Verbundesgebiet die Wirtschaftskrise ihren Einzug gehalten hat. Viele Tausende unserer Kollegen werden auf den Arbeitsmarkt geworfen, bieten erfolglos ihre Kräfte an, laufen Arbeit heischend von Betrieb zu Betrieb.

Wir wollen die Schritte der Arbeitslosigkeit hier nicht ausmalen. Sie sind — leider — der neisten Mitgliedern bekannt. Aber anspornen wollen wir mit diesem Hinweis alle unsere Kollegen und Kolleginnen, immer und überall den Ruf nach einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfürsorge zu unterstützen. Überall muss den Bestehenden und Steigenden der Stuf nach Arbeit und Brot in die Ohren gelassen, immer wieder müssen sie daran erinnert werden, daß die Fürsorge für die Arbeitslosen eine Pflicht der Gesellschaft ist.

Weiter bietet die jetzige Zeit eine gute Gelegenheit, jene Gleichgültigen, die bisher den Ansclink an eine Gewerkschaft noch nicht gefunden haben, und die infolgedessen in der Arbeitslosigkeit ohne jeden Rückhalt, ohne jede Hilfe sind, an ihre sträflich leichtsinnige Unterlassungshünde zu erinnern und zur Besserung zu ermahnen. Es muß jedem Unorganisierten immer wieder und ganz unverstndlich gesagt werden, daß es nicht nur Verrat seiner Klasse, sondern auch ein Verbrechen an der eigenen Familie ist, wenn er bei dem gewaltigen Mingen der Arbeiterklasse tatenlos hinsieht.

Die Zukunft der ungelernetten Arbeiter.

II.

Die Unternehmerschaft hat sich stark organisiert, verhlnismig weit besser hat sie namenslich den Wert einheitlicher, strenger Organisation erfaßt. Bahnllose einzelne, kleine Verbände sind in größeren Vereinigungen zusammengefaßt, in neuester Zeit haben sich die beiden Hauptverbände der Unternehmerschaft auch noch zusammengefaßt. Es gibt wohl nur noch wenige Unternehmer, die nicht organisiert sind. Vor allen Dingen ist bei ihnen aber nicht die Zersplitterung zu finden wie die von Christen, Gelben und anderen in die Arbeiterschaft hineingetragen. Das lädt ihre Kraft ganz ungemein. Die Organisierung der Unternehmer ist an und für sich schon wegen der geringeren Zahl leichter als die der Arbeiter, und außerdem scheint es so, als wenn der Masseninstinkt oder das Massenbewußtsein bei ihnen stärker ausgebildet ist. Ferner kommt hinzu, daß jeder Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft schon eine Vereinigung in sich selbst darstellt, er ist in seiner Meinung und in seinen Handlungen stets gleich mit sich fertig, während 200 oder 2000 beschäftigte Arbeiter zu einer einheitlichen Aktion zu bringen unendlich viel schwieriger ist. Aber trotzdem darf das die Arbeiter nicht schrecken, unermüdbar an ihrer Einigung zu arbeiten. Bekannt sind die Mittel der organisierten Unternehmerschaft, den Aufstieg der Proletarier zu verhindern, ihr Drang und Terroristus im Betriebe nicht zu dem Ziel führen, ihr Kindgrat zu brechen, da wird mit der Hungerperiode die Strafe vollstndig, sei es an dem einzelnen, der nicht willfdig ist, durch Entlassung, sei es an der Masse der Aufgezeigten durch Auflistung. Das letzte Jahr erbrachten dafür monches Beispiel. Das Kavallerie-Unternehmen hat sich noch längst nicht damit abgefunden, daß auch der Arbeiterschaft das Recht der Vereinigung zur Erlangung besserer Lohns- und Arbeitsverhltnisse zusteht. Was es selbst beansprucht, das will es keiner nicht andern geben. Allerdings hat man die Arbeiterschaft auch durch die gewagten Angriffe und Unternehmungen am Gewerbe des Koalitionsrechts nicht hindern können. Wenn man glaubte, einen Schlag gegen das Proletariat gefhrt zu haben, dann reichte es immer noch selber als vor dem Hauptempor und rüstete sich zu neuen Kämpfen. Und schläbige Schläge sind den Arbeitern durch die Gewerkschaften anderswo besetzt worden, die sie befehligten, wo sie im Guten nicht hören wollten.

Aber innerlich ist es doch gelungen, den Aufstieg zu besserer Lebenshaltung & Arbeiterschaft einzuhalten. Der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters — gelehrte und ungelehrte zusammen — erholt sich heute doch nicht weit über 1000 M. im Jahre. Es müßte so innerlich wie äußerlich sein, den Durchschnittslohn der ungelernetten Arbeiter für sich allein festzustellen. Ein Buch des Glenda würde damit aufgestellt werden.

Dabei stellt sich der Bedarf für den Unterhalt einer vierköpfigen Familie im Durchschnitt auf etwa 22 bis 23 M. wöchentlich, gemessen an den Nationen, die dem genauso nicht schwelgenden deutschen Massenloben zugestellt werden. Auf das Jahr berechnet verbietet der deutsche Arbeiter nicht einmal so viel, daß er durchschnittlich eine solche Familie einzigermaßen ausreichend ernähren kann, geschweige denn, daß zur Beschäftigung anderer Bedürfnisse etwas übrig bleibt. Die Folge des Unterschieds ist Selbstverschuldung Unternehmerschaft, die um so größer wird, je stärker die Proletarierzunahme mit Kindern "gegenübert" ist. Als Folgen stellen sich Krankheiten und falsche Sichtung ein, und so findet man dann auch die Art des Lebens ausgeprägt auf den Gewohnheiten derer, die die Reichenmenschen machen. Schon bei den Kindern der Armut sind die Sünden der Ausbeutung abzulesen.

Solche Zustände sind nicht allein grflich an sich, sie sind auch unverdig unserer Zeit der sogenannten Kultur. Probuziert wird genug, aber kaum genug werden zur ausreichenden Erhaltung aller, und der Reichtum der Nation ist unendlich gewachsen, wie mit Stolz die Nationalsozialisten berufen. Über was hat ihn? Genaue jene, die ihn geschaffen haben? O nein, darin teilen sich die, welche am wenigsten die Finger grflich haben, und sie führen ein Schlemmerleben davon, ohne jedoch selbst bei der wahnfrmigen Vergedung ihre eigene zu bestimmen. Jeder zweite, größere Prozen von Menschen werden täglich von den Arbeitern erzeugt. Die Produktivitt der Arbeit ist ganz riesig gewachsen, dabei werden aber längst nicht alle Produktionsmglichkeiten erschopft. Diese die gegenwärtig herzugehende Klasse die Konsumfähigkeit des Volkes nicht kundig erkennt hätte und dadurch große Kosten von Arbeitern der Arbeitslosigkeit, Maschinen und Werkzeuge zum Stillstand verurteilt, zumal fr die Konsumzunahme der Güter verantwortlich werden. Weite Kreise, die diese die Waren des Verbrauchs herstellen. Der griechische Weise Aristoteles kannte eins davon, daß die Menschheit glflich sein werde, wenn die Muster und das Werkzeug offen stören. Seit mehr und besser nicht weiß.

Es stehen bzw. die Diage, daß die Unternehmerschaft freiwillig nichts bringt, alles was der Arbeiter nötig hat, wenn ihr abgerungen, von ihr entzogen werden. Der kapitalistische Unternehmer von heute führt durchweg in einem anderen Verhltnis zum Arbeiter als der früheren Jahre. Die persönlichen Beziehungen zwischen beiden sind bis auf einen kleinen Rest vollkommen ausgeschaltet, ein Interesse am Wohlgehen der Leute ist nicht mehr vorhanden. Nur die pure Arbeitskraft wird geschft als Mittel der Produktion.

Es genügen Krfte können schnellstens erzeugt werden, namentlich in den Zeiten der Krise. Die kapitalistische Entwicklung fhrt zur Individualisierung der Unternehmungen, zu Alien- und andern Gesellschaften. In den meisten Fällen weiß der Arbeiter nicht einmal, für wen er den Gewinn erzeugt. Wo man für ihn nichts mehr bringt hat wie der Gewinn nach ungemeiner Arbeitsleistung, da kann man von ihm auch kein besonderes Interesse für das Institut seiner jeweiligen Ausdeutung erwarten. Der unverhnzbare Zug zur Konzentration des Kapitals und der Betriebe verschärft die Situation, immer steuernder werden sich Arbeiter und Ausbeuter, zwei Nationen bilden sich in jedem Staate. Gegenüber der kapitalistischen Macht ist der vereinzelte Arbeiter ein Nichts, ein Atom. Vereint nur wird er stark, so stark, daß er schließlich den Feindern seinen Willen aufzwingen kann bei der Erreichung bestimmter Ziele. Diese sind vor allem Besserung der Lebenshaltung und Verlängerung der Arbeitszeit.

Gegen letztere Forderung wendet sich die Unternehmerschaft mit wenig Maßnahmen noch schärfer als gegen Lohn erhhungen. Sie schützt nämlich, daß bei verlngter Arbeitszeit die Arbeiterschaft noch mehr erlernen lernt, was und wieviel sie eigentlich entbehrt, sie also auf den Gedanken kommen kann, immer weitergehende Forderungen zu erheben. Wenn der Weg des Arbeiters vom Bett zur Arbeit und wieder zurück geht, wenn die Arbeit seine Zeit so vollkommen abbordet, daß kaum so viel übrig bleibt, die Erfahrung wird für auszuschließen, dann bleibt gebndlich nur noch geringe Fähigkeit zu Betrachtungen über die gewaltigen gesellschaftlichen Unterschiede und Möglichkeiten der Verbesserung des Arbeitsbediens. Wieder sind es die großen Schichten der ungelernetten Arbeiter, die das illustrieren. Bei ihnen wählt allgemein die Arbeitszeit am längsten, und gerade bei ihnen haben Auslastung und der Gedanke der Organisation noch am wenigsten Wurzel geschlagen. Aus diesen Kreisen kommt noch vorzugsweise das willige und billige Menschenmaterial, das vom Unternehmertum so gerne gehalten wird. Dagegen weisen die Gewerke, in denen es durchaus gewerkschaftliche Organisation gelungen ist, die Dauer der Arbeitszeit zurückzubringen auf ein verhnliches Maß, eine Arbeiterschaft auf, die streng auf ihre Rechte achtet und die stndig bereit ist, auch die geringsten Übergriffe zurückzuweisen. Man sieht sie nicht, zur Verteilung der großen Kulturstreit nach Verkürzung der Arbeitszeit Argumente zu verwenden, die schon im Augenblick ihrer ersten Verwendung für unwirksam und bedeutungslos erklärt wurden. Darunter zum Beispiel die, daß Waller, Trunkfahrt und andre schlimme Dinge gefordert werden würden, weil die pltzlich über mehr freie Zeit verfügbaren Arbeiter gar nicht wählen, was sie dann anfangen sollten. Die Erfahrungen haben etwas anderes gelehrt: die Arbeiterschaft ging hin und bevollmächtigte Bibliotheken, Museen und Kunstmuseen, sofern die geringsten Mittel dazu reichten, oder sie erfreute sich an der Natur. Sie suchte ihr Wissen zu bereichern, und kein verhnlicher Mensch wird ablehnen können, daß immer parallel mit verlngter Arbeitszeit die geistige Erziehung der Arbeiterschaft ging. Auch die Tatsache ist bekannt, daß die Trunksucht dort am verhnlichsten ist, wo die längsten Arbeitszeiten und die gesetzlichste materielle Lage zu finden sind

wolle, die soweit es irgend möglich ist, den arbeitslosen Arbeitern passende Arbeitsgelegenheit schnell und ohne Kosten nachweisen.

Vielleicht noch wichtiger ist es, daß für die männlichen Arbeiter über 18 Jahren die Dauer der täglichen Arbeitszeit dort, wo es nicht eine starke Gewerkschaft verhindert, in der Regel nach dem Belieben des Betriebsleiters bis in die späte Nacht ausgedehnt werden kann. Bei gutem Geschäftsgang läßt mancher Unternehmer seine Arbeiter ohne Rücksicht auf deren Gesundheit länger und länger arbeiten, damit er die günstige Geschäftsszeit möglichst ausnutzt. Die Folge davon ist, daß der Markt um so schneller überfüllt wird, der Geschäftsgang um so schneller stockt, die Unternehmer um so schneller ihren Betrieb einschränken müssen, immer mehr Arbeiter um so schneller arbeitslos werden. In der guten Geschäftsszeit leidet so mancher Arbeiter durch das Übermaß an Arbeit; in der schlechten Geschäftsszeit wird er durch den Mangel an Arbeit dem schlimmsten Elend überliefert.

Sa, sogar jetzt, da so viele Arbeiter vergeblich eine passende Arbeit suchen, heutet mancher Unternehmer die Notlage der Arbeiter dadurch aus, daß er so viel Arbeiter, wie er nur irgend entbehren kann, entläßt, aus den noch beschäftigten Arbeitern aber in einer möglichst langen Arbeitszeit möglichst viel Arbeit bei verringertem Lohn herauspreßt. Solche Erfahrungen zeigen, wie berechtigt und dringend die Forderung ist, daß die Gesetzgebung für alle Arbeiter die Dauer der täglichen Arbeitszeit sachgemäß begrenzt.

Vor allem aber gilt es, die jungen Arbeiter von 16 bis 18 Jahren so zu schützen, wie es die Rücksicht auf ihre körperliche und geistige Entwicklung erfordert, also namentlich die Dauer der täglichen Arbeitszeit in engeren Grenzen zu halten, und sie unbedingt vor der Nachtarbeit zu bewahren. Eine Schmach und Schande ist es für uns, daß auf der Arbeiterschutzzusammenkunft der Regierungsveteranen aus allen in Betracht kommenden Ländern Ende dieses Sommers in Bern die deutschen Vertreter gegen diese notwendige Verbesserung des gesetzlichen Arbeiterschutzes gewirkt haben. Demgegenüber sollte der Reichstag durch seine Taten beweisen, daß er die Wichtigkeit zu würdigen weiß, die gerade die Zeit bis zum 18. Lebensjahr für die Ausbildung eines leistungsfähigen Arbeiternachwuchses hat; er sollte wenigstens der deutschen Arbeiterjugend den gesetzlichen Schutz gewähren, der ihr die volle Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte ermöglicht.

Freilich ist ein Teil der Arbeiterkinder selbst in den jüngsten Lebensjahren ohne den notwendigen Schutz. In der Bandwirtschaft und im Haushalt gilt das Kinderschutzgesetz nicht. Hier hat bisher die Gesetzgebung des Reichs völlig versagt; hier herrschen denn auch noch nur zu oft unrechtschaffene Missstände, so daß der Reichstag unter keinen Umständen noch länger die notwendigen Schutzbestimmungen hinausschieben darf.

Dazu kommen die bereits dem Reichstage zugegangenen Entwürfe und die inzwischen angekündigten Vorlagen: die Verbesserung der Bestimmungen über das Wettbewerbsverbot der Handlungsanstellten, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die Einschränkung der Lohnbeschagnahme, die Regelung des Wohnungswesens.

Schließlich bleibt noch als eine sehr bedeutungsvolle Aufgabe die Vereinheitlichung, Vereinfachung und der sachgemäße Aufbau unseres Arbeiterschutzes. Nur dadurch können wir erreichen, daß die Arbeiter in stande sind, die für sie geltenden Bestimmungen zu übersehen und daran mitzuarbeiten, daß das Gesetz überall entsprechend den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Berufszweigen und Bezirken auch wirklich sachgemäß durchgeführt wird.

Arbeit, sehr wichtige und dringend notwendige Arbeit hat der Reichstag wahrlich genug und überzeugend vor sich. Seht nun er zeigen, was er will und was er kann. Die Arbeiter werden seinen Verhandlungen und Beschlüssen aufmerksam folgen und daraus erschließen, wie in Wahrheit die einzelnen Parteien ihre Versprechungen erfüllen.

Bon den Fabrik- und Hilfsarbeiterverbänden in Großbritannien.

Im Jahre 1912 breiteten sich die Gewerkschaften sehr stark aus; ihre Mitgliederzahl nahm von 3 010 000 auf rund 3 500 000 zu. Für die Mitgliederzunahme förderlich war sowohl die günstige Wirtschaftskonjunktur wie das Eintreten des neuen Arbeiterversicherungsgesetzes, das allen Organisationen, welche die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen, die Mitwirkung an der Durchführung der Versicherung gestattet. Als staatliche Versicherungsorgane üben die Gewerkschaften eine erhöhte Anziehungskraft auf die unorganisierten Massen aus - wenn auch der daraus erwachsende Vorteil nicht so groß ist, wie manche Gewerkschaftsführer anlangten.

Der stärkste Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter Großbritanniens ist die National Union of Gasworkers and General Labourers mit dem Sitz in London (172, Pentonville Road). Ihre Mitgliederzahl betrug 1901 46 000, 1905 aber nur noch 28 100 und 1910 32 000; 1911 erfolgte dann eine Zunahme auf 76 900 und 1912 auf 82 135 Mitglieder.

Weniger befriedigend war im letzten Jahre das finanzielle Ergebnis. Die Einnahmen betrugen 54 755 Pfund Sterling (zu je 20 Mark im Wert), wovon 49 444 Pfund Sterling auf Beitragsgebühren, Mitgliederbeiträge, Strafgelder usw. entfielen. Die Gesamtausgaben beliefen sich jedoch auf 55 078 Pfund Sterling und der Vermögensbestand ging von 13 175 Pfund Sterling auf 12 852 Pfund Sterling zurück. Die Ausgaben verteilen sich in den Jahren 1911 und 1912 wie folgt:

	1911	1912
	Pf. Sterl.	Pf. Sterl.
Streikunterstützung usw.	3 952	28 875
Unfallunterstützung	755	905
Unfallunterstützung	70	1 521
Sonstiges	19 574	28 977
Zusammen	24 351	55 078

Die Ausgaben für Streik-, Aussperrungs- und Maßregelungsunterstützung waren 1912 viel höher als in jedem der Jahre 1900—1911, für die vergleichbare Angaben vorliegen; 1902 betrugen sie 10 072 Pfund Sterling, 1901 8 320 Pfund Sterling, 1903 6 972 Pfund Sterling und in jedem andern Jahre noch weniger.

Der zweitstärkste Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter ist die National Amalgamated Union of Labour, die in Newcastle am Tyne (4, Higham Place) ihren Sitz hat. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes sank von 30 237 Ende 1890 auf

17 173 Ende 1904, um dann bis 1908 wieder zu steigen; am geringsten war sie jedoch Ende 1910, nämlich 16 017. In den beiden letzten Jahren fand ein bemerkenswerter Aufschwung statt; denn es wurden Ende 1911 44 869 und Ende 1912 49 972 Mitglieder gezählt, die sich auf 280 Zweigvereine verteilten. Volle Jahresbeiträge wurden 1911 für 22 133 und 1912 für 37 183 Mitglieder gezahlt. Die Beitragsstättende beliefen sich Ende 1912 auf nahezu 8000 Pfund Sterling. Auch bei der National Amalgamated Union of Labour waren 1912 die Ausgaben höher als die Einnahmen; diese betrugen 43 841 Pfund Sterling und die Ausgaben 45 507 Pfund Sterling, so daß das Vermögen von 7 158 Pfund Sterling auf 5 492 Pfund Sterling sank. Die Ausgaben verteilen sich 1911 und 1912 wie nachstehend angegeben:

	1911	1912
Streik- und Aussperrungsunterstützung	2 916	20 455
Gewährleistungshilfe	74	204
Unfallunterstützung	2 434	4 218
Streikgeld	919	1 550
Gerichtsstoffen	736	640
Sonstiges	11 553	18 640
Zusammen	18 692	45 507

Die bedeutende Steigerung der Ausgaben im Jahre 1912 war hauptsächlich die Folge der ungewöhnlich hohen Streikosten, die zu einem großen Teil durch den Generalstreik der Kohlenbergarbeiter verursacht wurden, infolgedessen viele Verbandsmitglieder unfreiwillig die Arbeit einstellen mußten. Die Zahl der gewerbl. lichen Bewegungen betrug im Jahre 1912 308, die Zahl der Beteiligten 78 481; aus dem Verbandsbericht geht nicht hervor, ob diese hohe Zahl dadurch bedingt ist, daß dieselben Mitglieder an mehreren Bewegungen beteiligt waren, oder ob unter den 78 481 Personen sowohl Mitglieder wie auch Nichtverhändler begriffen sind. Durch Verhandlungen wurden 257 Bewegungen erledigt. Durch die Bewegungen wurden Lohnherabsetzungen erlangt oder Lohnkürzungen abgewehrt, die sich auf wöchentlich 2700 Pfund Sterling oder jährlich 140 400 Pfund Sterling beliefen. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde nur im Bezirk Newcastle und Gateshead durchgesetzt (180 Stunden pro Woche). Der Verband gewöhrt seinen Mitgliedern Rechtsbeistand in Unfallsachen; dadurch erlangten Mitglieder Unfallentschädigung im Betrage von 6614 Pfund Sterling.

Einen sehr raschen Aufschwung nahm der erst 1898 gegründete Verband Workers' Union (Sitz London, 16 Wigmore Street) er. Er hatte:

	Zweigvereine	Mitglieder
Ende 1910	111	5 016
" 1911	165	18 500
" 1912	259	32 886
Mai 1913	320	ca. 40 000

Anfangs 1912 verfügte der Verband über einen Vermögensbestand von 4417 Pfund Sterling, wozu Einnahmen von 17 650 Pfund Sterling kamen; die Ausgaben bezifferten sich auf 10 651 Pfund Sterling, und am Jahresende verblieb ein Vermögensbestand von 6 999 Pfund Sterling. Ausgegeben wurden in den Jahren 1911 und 1912:

	1911	1912
Für Streik-, Aussperrungs- und Maßregelungsunterstützung	1501	3773
Arbeitslosenunterstützung	370	751
" Krankenunterstützung	699	1160
" Unfallunterstützung	217	492
" Streikgeld	167	390
" Sonstiges	3685	4085
Zusammen	6609	10651

Außer den vorstehend behandelten bestanden Ende Dezember 1912 noch 14 Organisationen der Fabrik- und Hilfsarbeiter, doch liegen von diesen Angaben über die Mitgliederzahl und die Finanzen im Jahre 1912 noch nicht vor. Der bereits 1873 gegründete Verband Bristol, West of England and South Wales Operatives Trade and Probident Society (Gewerkschafts- und Unterstützungsverein der Arbeiter von Westengland und Südwales), der Ende 1911 50 950 Mitglieder hatte, ist als Gewerkschaft kaum zu betrachten, da er bei Arbeitskämpfen keine Unterstützung zahlt. Von den verbleibenden 13 Organisationen halte der Nationalverband der Arbeiterinnen Ende 1911 10 176 Mitglieder, aber sein Vermögen betrug nur 1331 Pfund Sterling. Eine andre ausschließlich aus Arbeiterinnen bestehende Organisation ist Amalgamated Society of Women Workers mit 4052 Mitgliedern und einem Vermögen von 1356 Pfund Sterling. Der Verband der Gasarbeiter, Ziegelmacher und allgemeinen Hilfsarbeiter (Sitz Birmingham) hatte 1911 5649 Mitglieder, der Centralverband der Hilfsarbeiter (Sitz Swansea) hatte 5380 Mitglieder und die British Arbeiter-Amalgamation (Sitz Manchester) hatte 5088 Mitglieder. Alle übrigen allgemeinen Organisationen der Fabrik- und Hilfsarbeiter sind unbedeutend.

Es ist wahrscheinlich, daß sich die größeren Fabrik- und Hilfsarbeiterverbände in absehbarer Zeit zu einem Einheitsverband verschmelzen, was sehr notwendig ist.

Gegnerische Gewerkschaften.

Eine falsche Räubergeschichte.

In Nr. 29 des "Proletariers" beleuchteten wir in einem Bericht, betitelt "Königsburger Streibrückensitten", die Handlungsweise einiger Christenführer bei dem Streik der Arbeiterfamilie der Firma Langbein u. Co. in Karlshafen. Dort hatte der christliche Verband nicht nur Streikbrecher geliebt, sondern auch noch jene polizeiliche Schutz — gezeigt. Die "Gewerkschaftsstimme", das Schimpftorleser der Königsburger Christen, war über den Karlsruher Fall natürlich auch entrüstet. Allerdings nicht über die Handlungsweise der christlichen Führer und Mitglieder, sondern darüber, daß diese eigentümliche Art, Arbeiterinteressen zu wahren, bekannt und öffentlich angenommen wurde. Weil aber die Rechtfertigung des christlichen Verbandes selbst bei wettensehender Umkehr der Bahnhof an den dokumentarisch belegten Tatsachen scheiterte, verwarf die "Gewerkschaftsstimme" es mit der von uns schon früher gekennzeichneten Kritik. Sie suchte den klaren Sachverhalt für trübe durchzusetzen. Gejagt über "sozialdemokratischen Terror" und verschämtigend dabei unter der Behauptung, der christliche Gewerkschaft sei "von etwa 40 Genossen unter Führung des Sozialbeamten Müller und des Gauleiters Knüppel" überfallen, "mit gezogenen Messern und Knüppeln" verfolgt und "mit Lebendigen dann auch bearbeitet". Am Schlüsse der Königsburger Umgangssprache wurde dann angekündigt, daß die Staatsanwaltschaft den "Möllingen" beweisen würde, daß wir noch nicht im Gulistanstaat leben.

Der zweitstärkste Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter ist die National Amalgamated Union of Labour of Labour, die in Newcastle am Tyne (4, Higham Place) ihren Sitz hat. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes sank von 30 237 Ende 1890 auf

17 173 Ende 1904, um dann bis 1908 wieder zu steigen; am geringsten war sie jedoch Ende 1910, nämlich 16 017. In den beiden letzten Jahren fand ein bemerkenswerter Aufschwung statt; denn es wurden Ende 1911 44 869 und Ende 1912 49 972 Mitglieder gezählt, die sich auf 280 Zweigvereine verteilten. Volle Jahresbeiträge wurden 1911 für 22 133 und 1912 für 37 183 Mitglieder gezahlt. Die Beitragsstättende beliefen sich Ende 1912 auf nahezu 8000 Pfund Sterling. Auch bei der National Amalgamated Union of Labour waren 1912 die Ausgaben höher als die Einnahmen; diese betrugen 43 841 Pfund Sterling und die Ausgaben 45 507 Pfund Sterling, so daß das Vermögen von 7 158 Pfund Sterling auf 5 492 Pfund Sterling sank. Die Ausgaben verteilen sich 1911 und 1912 wie folgt:

	1911	1912
Streik- und Aussperrungsunterstützung	2 916	20 455
Gewährleistungshilfe	74	204
Unfallunterstützung	2 434	4 218
Streikgeld	919	1 550
Gerichtsstoffen	736	640
Sonstiges	11 553	18 640
Zusammen	18 692	45 507

Wir haben im "Proletarier" diese Schilderung sofort als echt christlich in Gang gesetzt bezeichnet. Zugleich haben wir auf die weitere Erledigung der Sache mit einiger Neugier gewartet. Schon deshalb, um sie zu sehen, wie der arme, angeblich misshandelte Kuhn sich in seiner Rolle als überfallener Leutnant weiter verhalten würde. Die Deutschen bezeichneten darüber nämlich den Nebenfall öffentlich auf Klage zu erheben. Ein Beweis, daß sie ein gutes Gewissen hatten. Zugleich sind nun achtzehn Wochen seit dem "christlichen Überfall" auf den armen Christen vergangen und noch immer hat der Staatsanwalt keine Gelegenheit genommen, wenigstens die beiden bekannten "Anführer" zur Abrechnung zu ziehen. Der christliche Sekretär kann lange sich innerlich nicht mit der Märtyrerrolle schämen, auf die er doch sicher gerechnet hatte. Damit aber die christlichen Christen den Nebenfall belohnen, zu erfahren, daß die ganze Geschichte nur aus den christlichen Wörtern gefasst ist, haben, wie die "Psalm Post" mitteilte, die beiden "Anführer" beim "Lebenfall" zunächst einmal gegen den phantastischen Herrn Kuhn und weiter gegen eine Unzahl von Zentrumspolitikern und christlichen Gewerkschaftsmitgliedern gekämpft. Die Kühnheiten des Herrn Kuhn und der ihm verwandten Presse werden dann die entsprechende Beleidigung erfahren.

Christlicher Gewerkschaftssekretär.

In einer Tischlerei in Gnesen wurde ein christlich organisierte Holzarbeiter entlassen. Ein Freigerwerksarbeiter verbündete sich für den Mann, aber er hatte nur den Erfolg, daß ihn die Gewerkschaftschristen beschuldigten, die Entlassung bewirkt zu haben. Als sich der Freiorganisierte dagegen wehrte, wurde ihm von dem christlichen Sekretär Szabolcs u. a. gesagt:

"Da wir hier in Gnesen als christlich Organisierte vorherrschend sind, dulden wir die paar Menschen der andern Gewerkschaften nicht. Wir werden sie eben vertilgen."

Gesagt, getan! Der Me

gelang es, mit der Firma einen Tarifvertrag auf zwei Jahre zu schließen. Danach beträgt die tägliche Arbeitszeit neun Stunden pro Tag. Sonntags wird um 5 Uhr Feierabend gemacht, an hohen Festtagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten um 4 Uhr. Löhne der männlichen Arbeiter wurden wie folgt festgesetzt: Arbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren 18 M., von 18 bis 21 Jahren 23 M. pro Woche. Alle Arbeiter über 21 Jahre erhalten 26 M. pro Woche. Von 1. Oktober 1914 an steigen die Löhne um 1 M. pro Woche. Die durchschnittliche Lohnhöhung beträgt 2,50 M. pro Woche. Die Arbeitserlösen erhalten als Anfangslehn 23 Pf. pro Stunde. Nach einjähriger Beschäftigungsduauer tritt eine Steigerung von 2 Pf. ein. Von 1. Oktober 1914 an beträgt der Anfangslohn 25 Pf. pro Stunde. Die Lohnhöhung beträgt durchschnittlich 4 Pf pro Stunde. Für Überstunden werden 25 Prozent für Nacharbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Aufschlag bezahlt. Ferner werden allen Beschäftigten nach einjähriger Beschäftigungsduauer zwei Tage Urlaub gewährt. Der Urlaub steht jedes Jahr um einen Tag bis zu einer Woche. Außerdem wurden noch eine Reihe sonstiger Verbesserungen in sanitärer Hinsicht erzielt. Hervorzuheben ist besonders, daß nur organisierte Arbeiter und Arbeitserinnen im Betriebe beschäftigt werden. — Mit dem Reputat dieser Bewegung können die Beteiligten zufrieden sein. Nur ihrer Einigkeit und Geschlossenheit haben es die Arbeiter zu danken, daß eine faire Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausstand. Ausgabe aller Beteiligten muß es nun sein, trenn und fest an der Organisation zu halten, damit das jetzt erreichte auch dauernd erhalten bleibt. Aber auch die Arbeiter in den übrigen Betrieben am Oste müssen aus dieser Bewegung die Lehre ziehen, daß nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihre Lage verbessert werden kann.

Korrespondenzen.

Mounheim. Geheimer Schmied und Unterricht. Seitdem der gelbe Werkverein im Hedderheimer Kabelwerk und im Süddeutschen Kabelwerk besteht, haben sich Verhältnisse herausgebildet, die bei einer organisierten Arbeiterschaft glücklicherweise ein Ding der Unmöglichkeit sind. Über die Gelben müssen eben mit solchen Mitteln arbeiten, um die von den Unternehmern gewünschte Vereinheitlichkeit in die Reihen der Arbeiter hineinzutragen zu können. Das wird auch die Direktion noch einsehen, die seit dem Tarifabschluß im Jahre 1911 sich nicht mit solchen Angebereien zu beschäftigen braucht, wie dieses gegenwärtig der Fall ist. Werden denn aus Ludwigshafen importierten Werkverbandsvorzügenden Gimbel, der gleich die Stelle eines Betriebschreibers erklimmen konnte, Kleinigkeiten zugestanden, fehlt solche, die erwidert sind, so bringt sie dieser entweder bei der Direktion an, oder geht selbst in die Abteilungen, um den angeblichen Uebelstatern Groschen zu sagen, oder auch einen Druck dahingehend auszuüben, daß sich die betreffenden Personen dem gelben Werkverein anschließen sollten. Selbst den Meistern war das Treiben des Gimbel zu bunt. Von der Direktion aber wurde folgender Antrag am schwarzem Brett erlassen:

„Die Klagen über Belästigungen der Mitglieder unseres Werkverbandes durch Nichtmitglieder häufen sich an und stehen mir uns veranlaßt, diejenigen, welche sich diesbezüglich etwas zuschulden kommen lassen, mag es sein im Betriebe, Garderobe, Kantine oder an der Halb-, ohne weitere Verwarnung zu entlassen. Die Mitglieder haben etwaige Vorwürfe ihres Arbeitgebermeisters (also nicht Gimbel) zu melden.“

Zunächst sind wir gezwungen, bei dem liberalen Stadtverordneten und Generaldirektor Herrn Spielmeyer öffentlich anzufragen, ob ihm vom Erlaß eines solchen Antrages etwas bekannt ist, denn bei einem Gespräch vom 29. September d. J. hatte es sich herausgestellt, daß Herr Spielmeyer von einem damaligen Antrag nichts wußte. Damals erklärte Herr Spielmeyer, daß das Koalitionstrekt der Arbeiter nicht befürchtet werden sollte, es werde niemand geworben, in den Werkverein einzutreten; daß jedoch freilich und wer nicht eintrete, der werde auch nicht benachteiligt werden. Ist es nun Herrn Spielmeyer bekannt, daß man mit Drohungen der Droschsmachung versucht, Mitglieder für den gelben Werkverein zu werben und ist es ihm ferner bekannt, daß Arbeiter benachteiligt werden, weil sie nicht gelb werden wollen? Wenn nicht, so mag Herr Spielmeyer einmal von den in Betracht kommenden Personen unterrichten lassen.

Wir zu dem Antrag füllt. Aus diesem ist für jeden Unbesangenen ohne weiteres ersichtlich, daß die Direktion den Stiel umdreht und aus den Gelben die Belästigten macht, während doch in Wirklichkeit nicht die Gelben, sondern die organisierten Arbeiter und Arbeitserinnen die Belästigten sind, an welchem Maßstab die Direktion einen erheblichen Teil verschafft hat. Anscheinend wird der Leiter der gelben Bewegung mit seiner Behauptung blamiert, daß der gelbe Werkverein, oder jagen wir besser die ganze gelbe Bewegung, auf Wunsch der Arbeiter entstanden sei, denn Krieg und Krieg spricht die Direktion in ihrem Antrag von den „Mitgliedern unserer gelben Werkvereins“. Den Vogel abgeschossen hat die Direktion damit, daß sie nun zum Richter aufwirkt über Dinge, die unbeschuldet des Reichsbildes der Fabrik ebenfalls passieren und deren Regelung bisher anderem Interessen vorbehalten war. Durch diesen Antrag in jeder gemeinen Denomination Tür und Tor geöffnet und fast auf eine bloße Verhinderung der Gelben hin die Direktion jederzeit dazu übergebracht, organisierte Arbeiter und Arbeitserinnen zu entlassen. Gleichzeitig ist das auch der Zweck der ganzen Übung. Stolz können die gelben Kämpfer auf ihre Heldentaten nicht sein. Ihr auf Zwang und Zittern aufgebautes künftliches Gebilde wird mit der Zeit elend zusammenbrechen. Je früher dieser Zusammenbruch kommt, um so besser kann um so rascher wird sich die Arbeiterschaft zu einem geschlossenen Ganzen zusammenfinden.

Hörnberg. Unsere Zahlstelle führte am 9. November das Fest ihres einjährigen Bestehens in einer großen Versammlung. Gauleiter Stürmer (Hannover) hatte das Festamt übernommen. In humorvoller Rücksicht und ihre jüngst abgehalteten Versammlungen in Leipzig und Berlin. Dann ging er zur Schilderung der Gründung und Entwicklung unseres Hörnberger Zahlstelle über. Lantos hörte die Versammlung zu, als Stürmer ausführte, wie es nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten endlich gelang, am 3. November 1903 im Restaurant „Zum Postkasten“ die erste Fabrikarbeiter-Versammlung einzuberufen. Ganz 12 Personen waren es, die sich eingefunden hatten, darunter fünf organisierte Bauarbeiter, die bestig gegen die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes protestierten und zwar mit der Motivierung, daß in Hörnberg ein Bedürfnis dafür nicht vorhanden sei. Wie das Sachsenberg-Siegen ging die Versammlung ans, denn der Protest der Bauarbeiter hatte auch die nichtorganisierten Versammlungsteilnehmer frustriert. Aber bald konnte eine zweite Versammlung einberufen werden; was am 3. November nicht gelang, am 21. November wurde es zur Realität. Zur „Soldaten-Engel“ in Gleichenhausen trafen an diesem Tage 11 Männer und 2 Frauen zusammen, um sich unter dem Verbande anzuhören. Die „Unruhestiftung“ ist fortsetzt nicht, denn es sollen ja nicht mehr Mitglieder werden. Sie wurden es und, aber langsam gingen die ersten Jahre, zum Vermerken langsam. Die freien Gewerkschaften anderer Berufe wußten oft nicht glauben, daß diese im ganzen Frankenlande unakademische Organisation empfänger Gründungsstätte ist.

Die Unorganisierten zweitens erst recht an unsrer Zahlstelle, ja sogar die eigenen Mitglieder waren zum großen Teil voll Mitgliedern. Und so bedurfte nur irgend etwas Antrieb, um sie wieder leichter möglich zu machen. Freilich, die Gründer selber hätten zum großen Teil darüber, ja unter dem freien Frankenberg und seine Frau und manch frischer Mutter, der zwar nicht bei der Gründung dabei war, aber für alles sehr neuen Verband angefeindet hat. Freilich, manch einer ist gefordert, und mancher hat die Zusage wieder ins Auge geworfen oder ist zu einem Widerstand gegen den männlichen Antrieb gegangen. Den männlichen Antrieb hatte außer Käthe Röhlings durch die Ausprägung im Jahre 1905 erfüllt, wo dieser Mitgliedsanzahl von 30 auf 450 stieg. Dann ging es, nachdem der Name gefallen war, einer früher Erwähnung entgegen, 1906 waren es 1200 Mitglieder, 1907: 2100, 1908: 2500, ein Jahr später 3500, und Ende 1912 war die Zahl von 5000 Mitgliedern erreicht. Den Jahresdurchschnitt von 1905 mit 160 M. stellte Stürmer die Kosten von 1912 mit 176 000 M. gegenüber. Freilich, ein gelbes Kapital ist das Ergebnis der Versammlungen!

Also, so meinte der Redner, wie haben nicht viel Zeit, was zu tun ist an unserer Entwicklung und an dem Erfolg unserer Organisation. Erinnerung an den ersten Hörnberg liegt daran, daß

Arbeitslosen, im ganzen Reiche sieht es nicht besser aus, ungezählte Scharen Arbeitsloser nicht „Arbeitslose“ sind ohne Vater, ohne das Notwendigste zum Leben und die Mächtiger von heute haben keine Zeit, sich darum zu kümmern, weil sie könige Schonen und Schlachten für Denkmäler einzuweihen müssen. An die 70 Millionen Markt haben die freien Gewerkschaften seit ihrem Bestehen zur Unterstützung ihrer Arbeits-

losen ausgebracht. Die Armenlasten der Gemeinden wachsen ins Unermessliche, aber die Regierungen laufen unter den Einfällen des Kapitalismus über Erhebungen und Vorbereitungen zum Schutz der Arbeitslosen nicht hinaus. Lieber ein Gesetz für Arbeitslose statt für Arbeitslose. Seit Jahren unterhält man sich über die Leute der Deutschen Arbeiter, aber sich über die Art der Leute zu unterhalten, dazu hat man keine Zeit, dazu fehlt die Lust. Schlechte Löhne und Arbeitslosigkeit seien heute noch das Erbe der Proletarier. Es wird auch nach der Seite hin nichts geschehen, wenn nicht die organisierte Arbeiterschaft die Regierungen vorwärts bringt. Zum Schluss dankte der Redner all jenen, die als Vertreterneleute mitgearbeitet haben zum Wohle und Gedanken unsrer Zahlstelle. Stürmischer Beifall lohnte ihn für seinen eindrücklichen Vortrag.

Als 2. Punkt wurde die Unterstützung ausgesteuerten Arbeitslosen behandelt. Hierzu berichtete Kollege Hermann zunächst über den Stand der Arbeitslosigkeit in den Weibern unserer Mitglieder, woraus zu ersehen war, daß auch diese von den Schäden der kapitalistischen Wirtschaftswelt nicht verschont blieben. Ein Antrag der Verwaltung, der verlangt, daß 5000 M. zur Verfügung gestellt werden, um den Arbeitslosen eine außerordentliche Unterstützung gewähren zu können, fand eine stimmige Annahme.

In einem kräftigen Schluswort forderte der Vorsitzende die Kollegen und Kolleginnen auf, auch fernherin das Solidaritätsgefühl hoch zu halten, für die Organisation zu wirken und zu agisieren, damit auch in den nächsten 10 Jahren von einem Aufwärtsblühen und Gedanken unsrer Zahlstelle berichtet werden könne.

Bethelde. Zustände, wie man sie kaum für möglich halten sollte, bestehen in der Kabelfabrik Bethelde. Löhne werden dort gezahlt, daß man sich wundern muß, wie die Arbeiter davon existieren können. Es werden 2,30—3 M. an vollwertige Arbeiter bei zwölf Stundenarbeit bezahlt. Daß unter solchen Umständen die Überstundenarbeit in höchster Blöße steht, ist nur zu begreiflich. Von den Arbeitern selbst wird erzählt, daß sie Tag und Nacht arbeiten müssen, um nur einigermaßen unnehmbare Löhne zu erzielen. Dabei stellen die dort beschäftigten Arbeiter nur sehr wenig Ansprüche an das Leben. Die Fremden, meist Thüringer, logieren in der Fabrikantine und sind mit der dargereichten miserablen Kost aufgerichtet. Für Kost und Schlafzellen zahlen sie allerdings vierzig täglich nur 2,80 M. Bei den heutigen Lebensmittelpreisen wahrschließlich billiges Logis. Die Fabrikleitung zahlt zu dem von den Arbeitern entrichteten Beitrag einen Teil zu, trotzdem ist die Kost natürlich durchaus ungünstig. Wenn die Fabrikleitung statt eines Zuflusses zum Kostgeld ausreichende Löhne zahlen würde, brauchten die Arbeiter nicht alles zu nehmen, was man ihnen vorschreibt. Rüständer noch als die Lohnverhältnisse ist die Behandlung der Arbeiter. Ist es doch vorgesehen, daß ein Meister einen Russen, der dort beschäftigt ist, beratig mit einer Scharrer geschlagen hat, daß sich dieser zwecks Behandlung ins Krankenhaus begeben müsse. Der ganze Arm des Betriebes soll vollständig zerstochen werden sein. Was sagt die Direktion zu der Tat ihres schändlichen Meisters? Erst werden die Arbeitssklaven aus aller Herren Länder hierher geholt, dann müssen sie bei Hungerlöhnen arbeiten und sich obendrein noch schlagen lassen. Allerdings muß der Gemüthshändler ein ganz jämmerlicher Kerl gewesen sein, daß er sich solche Behandlung gefallen ließ. Wir empfehlen, in solchen Fällen auf einen Schelmen anberthalb zu setzen und jeden Schlag mit Hosen zurückzugeben. Leider ist in diesem Betriebe von einem Zusammenhalten der Arbeiter keine Rede. Von gewerkschaftlicher Organisation ist keine Spur vorhanden. Ein Arbeiter kümmert sich nicht um den andern. Ist es da verwunderlich, daß solche Wüstnähe um sich greifen? Wäre die Organisation nur einigermaßen vertreten, dann wären Vorkommen wie die geschilderten unmöglich. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiter aus diesen Vorkommen endlich lernen und sich Mann für Mann ihrer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter anschließen.

Waldhof. Gelbe Phrasen. Am 12. November wurde ein 63 Jahre alter Arbeiter aus den Süddeutschen Kabelwerken berichtet. Wie üblich, legte auch die Arbeiterschaft am Grabe einen Krans nieder. Da nun in letzter Zeit im Kabelwerk ein gelber Werkverein gegründet wurde und der 63jährige Arbeiter bei der bekannten Toleranz der Betriebsvorgesetzten auch in den Werkverein gegangen wurde, legte auch der Vorsitzende des Werkvereins, Gimbel, einen Krans nieder. Als der Grabrede, die dieser Gimbel dabei gehalten hat, wollten wir hier einige Sätze mitteilen. Er sagte: „Er (der Verstorbenen) genoß das Ansehen in der Direktion und der Arbeiterfrage, er war fleißig und ein guter Arbeiter! Auch hat er Opfer gebracht für das Vaterland, den Krieg 1870/71 hat er mitgemacht und geholfen, die Kräfte gegen die Franzosen niedergeschlagen.“ Dieser Tabal war selbst den Angehörigen zu stark, so daß der Schwiegersohn des Verstorbenen den Grabkreuz an den Kastenhofen zapfte, um seinem Verstorbenen Einhalt zu tun. Der Verstorbe war nämlich wohl 1870/71 Soldat, aber Gelegenheit, Franzosen niederschlagen, hatte er nicht, weil er eben ein Geiste nicht mitgemacht hatte. Wie war es nun mit dem Ansehen bei der Direktion? Im vorigen Jahre wurde ihm sein Stundenlohn von 42 auf 25 Pf. gehobt, und er konnte froh sein, daß er nicht ganz entlassen wurde; hat doch nachweisbar Direktor Schäferer einmal gesagt, daß das Kabelwerk kein Altersversicherungsschein habe. Es hat ihm sonach von dem gelben Grabredner bloß Sprüche. Solche Sprüche werden auch gemacht, um die Arbeiter für die Gelben einzutragen.

Waldhof. Gelbe Phrasen. Am 12. November wurde ein 63 Jahre alter Arbeiter aus den Süddeutschen Kabelwerken berichtet. Wie üblich, legte auch die Arbeiterschaft am Grabe einen Krans nieder. Da nun in letzter Zeit im Kabelwerk ein gelber Werkverein gegründet wurde und der 63jährige Arbeiter bei der bekannten Toleranz der Betriebsvorgesetzten auch in den Werkverein gegangen wurde, legte auch der Vorsitzende des Werkvereins, Gimbel, einen Krans nieder. Als der Grabrede, die dieser Gimbel dabei gehalten hat, wollten wir hier einige Sätze mitteilen. Er sagte: „Er (der Verstorbenen) genoß das Ansehen in der Direktion und der Arbeiterfrage, er war fleißig und ein guter Arbeiter! Auch hat er Opfer gebracht für das Vaterland, den Krieg 1870/71 hat er mitgemacht und geholfen, die Kräfte gegen die Franzosen niedergeschlagen.“ Dieser Tabal war selbst den Angehörigen zu stark, so daß der Schwiegersohn des Verstorbenen den Grabkreuz an den Kastenhofen zapfte, um seinem Verstorbenen Einhalt zu tun. Der Verstorbe war nämlich wohl 1870/71 Soldat, aber Gelegenheit, Franzosen niederschlagen, hatte er nicht, weil er eben ein Geiste nicht mitgemacht hatte. Wie war es nun mit dem Ansehen bei der Direktion? Im vorigen Jahre wurde ihm sein Stundenlohn von 42 auf 25 Pf. gehobt, und er konnte froh sein, daß er nicht ganz entlassen wurde; hat doch nachweisbar Direktor Schäferer einmal gesagt, daß das Kabelwerk kein Altersversicherungsschein habe. Es hat ihm sonach von dem gelben Grabredner bloß Sprüche. Solche Sprüche werden auch gemacht, um die Arbeiter für die Gelben einzutragen.

Rundschau.

Die Volksfürsorge (Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktion-Gesellschaft in Hamburg)

gibt jedermann Gelegenheit, Lebensversicherungen bis zu 1500 M. abzuschließen. Bei Sparversicherungen ist diese Grenze nicht gelegt. Auch kann der Besitzer der zu seiner Kapitalversicherung bis zu 1500 M. eine Sparversicherung nehmen und durch fortwährende Einzahlungen seine Versicherungssumme ständig steigern. — Das Aktienkapital von 1 Million Mark — eingezahlt von den Gewerkschaften und Genossenschaften — wird mit 4 Prozent verzinst. Gewinnbeteiligung der Aktionäre, Kapitalmitglieider und Vorstandsmitglieder ausgezahlt; der gesamte Gewinn geht nur den Besitzern zu! Versicherungsgebiet: das Deutsche Reich. In allen größeren Städten eigene Rechnungsstellen unter Kontrolle der Gewerkschaften und Genossenschaften. Halbmonatliche Prämienzahlung von 30 Pf. an. Gültige Versicherungsbedingungen. Zum Verfall von Versicherungen. Bei Nichtweiterzahlen der Prämien Umwandlung in eine Sparversicherung oder prämienteile Versicherung. Rückflusstmöglichkeit. Sofort Gewinnabteilung mit Ausnahme bei Sparversicherung. Sieben Tarife. Tarif I: Versicherung auf den Todessfall mit abgezogener Prämienzahlung. Die Versicherungssumme wird mit den angesammelten und um 3½ Prozent Zinseszinsen berechneten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 85. Lebensjahr, ausgezahlt. Vom 65. Lebensjahr an erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch jährlich 3½ Prozent Zinseszins. Tarif II: Versicherung auf den Todessfall auf die Dauer von 15, 20, 25, 30, 35 und 40 Jahren. Prämienzahlung bis zum Ablauf der Versicherung. Tarif III: Versicherung auf den Todess- und Erlebensfall mit jährlicher Prämienzahlung. Tarif IV: Kindererziehung, verbunden mit Konfirmations-, Militärdienst- und Aussteuerversicherung. Tarif V: Sparversicherung (Vollversicherung mit abzogener Prämienzahlung). Tarif VI: Kinderversicherung mit abzogener Prämienzahlung. — Auskunft bereitwillig bei allen Redaktionen, bei allen Versicherungsstellen der Gewerkschaften und bei den Vorständen der Genossenschaften. Dasselbe auch Prospekt.

Ein Schlußbericht über die Arbeiterschwergang.

Ein protestantischer Geistlicher, Delan F. Holdemann, schreibt in einem Aufsatz „Um die Zukunft der evangelischen Kirche“ in dem jetzt der Evangelischen Wochenzeitung „März“, Seite 630, u. a.:

„Gegenüber den Zeichen des Verfalls und der Materialisierung des Lebens in den oberen Schichten erhebt immer wieder der Blick auf das tückische Gehölz in den Leben ungezählter kleinen Leute, unter den Massen und lädt den Glauben an den guten Werk und die Zukunft unsres Volkes. Auch an der gewaltigsten Bewegung unserer Zeit, der des Proletariats, soll die evangelische Kirche trotz aller Auswüchsigkeit und Bodenlosigkeit, wie es mit jeder großen Kampfbewegung empirisch, unbeständig anerkennt die starke, ideelle Kräfte. Dieses ergreifende Emporringen der Masse aus dem Dunkel, ihr Riesenarmen gegen die Geiste und Parteien des Bürgertums, die alle politische Willigkeit, der geradezu religiöse Glaube an eine unsichtbare Zukunft, der stärker ist als mancher Kirchen-glaube, der voll Angst vor jedem freien Aufstieg zittert.“

Verbandsnachrichten.

Statistik. — Graue Karten.

Für Monat November sind die grauen Karten bis 4. Dezember einzuführen. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtausfall für das Reich zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abzugehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Oste und auf der Reise gilt der 29. November.

Für den Monat Oktober halten bis zum 8. November nicht berichtet:

G. Nr.	Zahlstellen	Mitglieder		
		männlich	weiblich	zusammen
1	15	764	49	813
2	6	318	8	326
3	8	873	80	953
4	2	38	3	41
5	1	8	—	8
6	7	469	97	566
7	7	1298	137	1435
8	5	586	22	608
9	1	45	6	51
10	4	325	32	357
11	10	1969	614	2583
12	1	6	—	6
13	3	47	—	47
14	10	402	16	418
15	10	1168	30	1198
Im Verbande	90	8816	1094	9410

Warnung.

</

Beilage zum Proletarier

Nummer 47

Hannover, 22. November 1913

22. Jahrgang

Chemische Industrie

Die Rekordernte im Jahre 1912.

Am 19. September dieses Jahres hatten sich die Unternehmer der chemischen Industrie zur Abhaltung ihrer Hauptversammlung in Hamburg eingefunden. Sie aus dem vor kurzer Zeit erschienenen Protokoll zu ersehen ist, hatte die Tagesordnung wieder einen sozialpolitischen Einschlag. Neben der Erstattung des Geschäfts- und Passenberichtes, der notwendigen Neuwahlen, Erledigung der gestellten Anträge u. a. standen die Entwürfe eines Patentgesetzes, Gebrauchsmuster- und Warenzeichengesetzes und die Organisation der Volkssicherung zur Beratung.

Die Unternehmertagungen erfreuen sich der besonderen Aufmerksamkeit der Regierungen und Behörden. So hatten der Hamburger Senat, das Kaiserliche Patentamt und die Hamburger Handelskammer Vertreter entsandt. Die Schirmherrorganisationen waren gleichfalls vertreten, und zwar der Generalverband Deutscher Industrieller" durch seinen Vorsitzenden, den Landrat a. D. Roetger, und durch seinen Geschäftsführer, den Regierungsrat Schweighofer, der "Bund der Industriellen" durch seinen Syndikus Dr. Schneider. Weiter hatten die Hamburger Meeder, die Seeverufsgenossenschaft und der Verein Deutscher Maschinenbaugesellschaften Vertreter gesandt. Es würde zu weit führen, alle vertretenen Corporationen anzuführen, doch sei der Allgemeinheit wegen noch angeführt, daß als Vertreter des "Verbandes der öffentlichen Lebensversicherungsgesellschaften" Oberleutnant a. D. von Haine und als Vertreter der "Deutschen Volksversicherungsgesellschaften" der Geheimen Regierungsrat Dr. Rose antreten waren. Diesen beiden fiel die Aufgabe zu, bei den Unternehmern dahin zu wirken, daß ihnen die Höchstsätze von Lebensversicherungen in den Kreisen der Arbeiterschaft erleichtert werden, um dadurch der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten Volksfürsorge das Wasser abzuziehen.

Schon während der Begrüßungsreden machten einige Kampfhähne aus ihrem Herzen keine Mördergrube. So betonte der Präsident der Hamburger Handelskammer, Bohlen, daß die Stimmen, „die für einen Beharrungszustand der sozialen Gesetzgebung laut werden, nicht ungehört verhälten“ dürfen. Landrat a. D. Roetger erklärte, daß man der „Schwierigkeiten auf verschiedenen Gebieten“, wenn auch nach hartem Kampfe, Herr werden will, während Dr. Schneider hofft, „daß auch innerhalb der Industrie das auf allen Seiten vorhandene Bestreben nach Einigkeit sich schließlich durchsetzen wird“. Nachdem die Versammlung die vorgetragenen Begrüßungsreden verdaut hatte, erstattete der Generalsekretär Dr. Horneb den Geschäftsbericht.

Nach seinen Ausführungen beeinflußten politische Spannungen und kriegerische Ereignisse das Wirtschaftsjahr 1912 in noch weit stärkerem Maße als das Jahr 1911. Trotzdem haben sich weder Krisenerhebungen noch Abschlüsse in der Konjunktur bemerkbar gemacht. Im Gegenteil: Produktion und Absatz haben fast in allen Zweigen des Wirtschaftslebens die höchsten, bisher unbekannten Erfolge erzielt. Ergebnisse aufzuweisen. Die

Entwicklung hielt auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres an, doch machen sich seit mehreren Monaten Krisenzeichen bemerkbar, die sich in steigender Arbeitslosigkeit und Häufung der Konkurse kennzeichnen. Jede Periode wirtschaftlichen Aufschwungs bringt starke Anforderungen an den Geldmarkt. Die Folgen davon sind: Anziehen des Zinsfusses, Beeinträchtigung des Unternehmergebens und der Unternehmungslust. Der Reichsbankdiskont, der seit November 1912 unverändert auf 6 Prozent steht, wird vorausichtlich im Jahre 1913 keine weitere Erhöhung erfahren. (Er steht zurzeit auf 5½ Prozent. D. R.) Neben dem hohen Zinsfuß hat seit mehreren Jahren die Nachfrage mit einem starken Anstieg auf die wirtschaftliche Entwicklung eingewirkt, die Bohnsteigerungen und damit Steigerung der Produktionskosten brachte. Auffällig ist die trotz guter Ernten fortgesetzte Verteuerung des Brotgetreides. So stieg das Getreideertrags von Weizen in den Jahren 1910 bis 1912 um 15,3 Prozent, von Roggen um 13,8 Prozent. Trotzdem sich die Bevölkerung Deutschlands vermehrte, stieg die Ausfuhr von Roggen von Jahr zu Jahr. Naturgemäß mußte eine Verteuerung eintreten, die durch die jetzigen Zollverhältnisse, besonders durch das Einfuhrbeschränkung, begünstigt wird. Reiche Roggenernten kommen nur der Landwirtschaft, nicht aber dem Verbraucher durch Verbilligung der Preise zugute. Die Tonne Weizen kostete in der Periode 1900 bis 1905 durchschnittlich 165 Mark, in der Periode 1906 bis 1912 rund 209 Mark. Die Erhöhung des Preises beträgt 44 Mark, die Zoll erhöhung macht aber nur 20 Mark aus. Bei Roggen sind die entsprechenden Ziffern 141 und 175 Mark, die Preissteigerung 34 Mark, die Zoll erhöhung beträgt hingegen nur 15 Mark.

Die Behauptungen der Agrarier, daß die Preissteigerung nicht durch Zollerhöhungen, sondern durch eine allgemeine internationale Teuerung verursacht worden sei, bezeichnet Dr. Horneb als unzutreffend. Wohl seien Steigerungen der Preise in andern Ländern zu verzeichnen, aber lange nicht in dem Umfang wie in Deutschland. „Die Erhöhung der Inlandspreise für Getreide, welche notwendig erschien, um der Landwirtschaft wirksam zu helfen, wäre hierauf eingetreten auch ohne die Erhöhung der Getreidezölle, weil die Weltmarktpreise gestiegen sind.“ Konsequenterweise hätte nun Dr. Horneb wenigstens für Abbau der Zölle einzutreten müssen, aber er geäußert sich nicht, solange „nicht feststeht, daß die hohen Weltmarktpreise bestehen haben“. Weiter bespricht er die nachteiligen Folgen, die die Steigerung der Grund- und Bodenpreise in der Landwirtschaft zeitigen können und die sich schon in gesteigertem Umsatz von bürgerlichen Betrieben, besonders in Mittelgütern, bemerkbar gemacht haben.

Wir würden von diesen wirtschaftspolitischen Ausführungen unter dieser Rücksicht unsres Verbandsorgans, die der chemischen Industrie gewidmet ist, nicht Notiz nehmen, wenn sie nicht vom Generalsekretär des "Verbandes zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" gemacht worden wären. So gewinnen sie aber für uns einen Wert. Das Urteil Horneys bildet vor allem eine vernichtende Anklage gegen die Zoll- und Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien, deren nachteilige Folgen für die gesamte Industrie, besonders aber für die Arbeiter, sich immer

stärker fühlbar machen. Zugleich erhalten wir von Dr. Horneb gewissermaßen eine Bestätigung der Notwendigkeit entsprechender Vorkehrungen zu tun. Denn wenn wir die Mehrheit der Medaille hertragen, so ergibt sich, daß die Lebensmittelpreise schneller und mehr gestiegen sind als die Löhne. In hartnäckigen Kämpfen mußte gerade in der chemischen Industrie jeder Pfennig Lohn erhöhung herausgeholt werden. Obendrein erhebt das gesamte Unternehmertum ein wildes Geschrei nach Ausnahmegesetzen für steuernde Arbeiter, zwingt es ehrlich kämpfende und denkende Arbeiter in gelbe Verbrennen, um sie wirtschaftlich und politisch rechts und wehrlos zu machen.

Die rückständige wirtschaftliche und politische Haltung der Unternehmer der chemischen Industrie gegenüber ihrer Arbeiterschaft wird aber noch besser gekennzeichnet, wenn wir die Rentabilität der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie und der ihr verbundene Berufe betrachten. Das Jahr 1912 brachte den Aktionären der chemischen Industrie eine Rendite. Von dem Ergebnis floß den Arbeitern so gut wie gar nichts zu. Dr. Horneb berichtete über das Ergebnis von 195 Aktiengesellschaften, bei denen ein Kapital von 710,1 Millionen Mark eingezahlt war. Auf dieses Kapital entfiel im Jahre 1912 eine Dividende von 109,5 Millionen Mark. Es ergibt sich somit eine Verzinsung von 15,36 Prozent gegen 13,92 Prozent im Jahre 1911. Nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht der Rentabilität der Aktiengesellschaften der chemischen Industrie Deutschlands für die letzten 6 Jahre:

Jahr	Aktiengesellschaften	Aktienkapital in Mill. Mark	Dividendensumme in Mill. Mark	Durchschnittsdividende Prozent
1907	166	528,6	81,7	15,45
1908	168	559,1	78,8	13,11
1909	176	611,4	94,7	15,86
1910	179	659,4	92,15	13,96
1911	190	671,3	98,51	13,92
1912	195	710,1	109,5	15,36

Den Hornebischen Berechnungen, die neben der eigentlichen chemischen Industrie noch die Leimfabriken, Teerdestillationen, Braunkohlenzeche und Gummifabriken umfassen, stellen wir die Ermittlungen des Kaiserlichen statistischen Amtes, die sich nur auf die chemische Industrie in engerem Sinne beziehen, gegenüber. Es ergibt sich danach für die letzten 5 Jahre folgende Tabelle:

Jahr	Aktiengesellschaften	Aktienkapital in Mill. Mark	Reingewinn ohne Vortrag in Mill. Mark	Dividendensumme in Mill. Mark	Durchschnittsdividende Prozent
1907/08	117	333,7	73,6	56,4	15,7
1908/09	115	385,8	73,4	57,1	14,3
1909/10	120	414,3	86,1	68,4	14,8
1910/11	126	420,8	92,7	71,3	15,4
1911/12	135	461,6	99,7	74,9	15,5

In beiden Tabellen ergibt sich bezüglich des Dividendenprozentsatzes im letzten Jahre nur ein minimaler Unterschied. Der Steingewinn übersteigt in der amtlichen Zusammenstellung die Dividendensumme um rund 32 Prozent, so daß nach der Hornebischen Berechnung sich unter gleichen Voraussetzungen ein Reingewinn von rund 144 Millionen Mark für 195 Aktiengesellschaften der chemischen Industrie ergibt.

Neben den schon angeführten 710 Millionen Mark Aktienkapital „arbeiten“ in den Aktiengesellschaften noch 266 Millionen Mark sichtbare Reserven und 169 Millionen Mark Obligationen und Hypotheken.

Eine Gruppierung der Gesellschaften nach der Höhe der Dividende ergibt, daß 48 Gesellschaften entglossen oder mit Verlust arbeiteten, 18 Gesellschaften bis 5 Prozent, 56 Gesellschaften 5 bis 10 Prozent, 41 Gesellschaften 10 bis 15 Prozent, 26 Gesellschaften zwischen 15 und 25 Prozent und 11 Gesellschaften mehr als 25 Prozent Dividende verteilt.

Für die einzelnen Industriegruppen ergaben sich nach Horneb folgende Durchschnittsdividenden:

Industriegruppen	1909	1910	1911	1912
Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	
Chemische Großindustrie, einschließlich der Stofffurter Industrie	11,58	11,67	10,18	10,85
Stofffurter Industrie allein	6,53	6,82	7,76	9,12
Industrie der künstlichen Färbstoffe einschließlich Leim u. Gelatine	13,09	14,22	14,32	14,58
Chemische, technische, photographische u. pharmazeutische Präparate	13,07	13,87	13,61	15,77
Leerdestillation	22,71	23,52	24,19	28,39
Sprengstoffindustrie	9,28	9,87	11,36	13,09
Zündwarenindustrie	6,95	4,78	8,45	2,67
Mineralölfabrikindustrie	9,77	8,83	8,70	8,96
Braunkohlenzeche und -schwelereien	10,49	10,82	10,16	9,43
Gummiindustrie	11,79	13,67	11,51	13,13

Eine andauernde Abnahme in der Rentabilität weisen die Zündwarenindustrie und die Braunkohlenzeche und -schwelerien auf, dagegen haben alle andern Gruppen, besonders aber die Leerdestillation erhebliche Besserungen zu verzeichnen.

Die außerordentlich günstige Rentabilität konnte natürlich nur mit tüchtigen Arbeitern und unter Ausnutzung aller technischen Fortschritte und Steigerung der Leistung jedes einzelnen erreicht werden. Die bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angestrebten Arbeiter haben aber am allermeisten unter der abnormen Leitung, die nunmehr auch von kompetenter Stelle auf Unternehmerseite erkannt ist, zu leiden. Was lag deshalb näher, als hier Abhilfe zu schaffen durch, daß ein Teil des Reingewinns zu freiwilligen Lohnauflösungen verwendet wurde? Die Praxis lehrte aber, daß die Unternehmer erst dann zulegten, als die Arbeiter nachdrücklich Forderungen erhoben. Voran die Arbeiter die Lehre ziehen müssen, daß sie ihre gewerbliche Organisation zu festigen haben, wenn sie sich einen größeren Anteil an der Gelderute in der chemischen Industrie erringen wollen.

X Verhältnisse im Anilin-Magazin der B. A. G. S.
Die Fabrik Anilin- und Sodafabrik verbindet von Zeit zu Zeit, das fortgeleitete Verbesserungen auf dem Gebiete der Arbeitershygiene durchgeführt wurden. Mit der Aussicht auf solche Anlindispositionen kann man sich an zukünftiger Stelle nicht bewußt zu berufen. Dagegen ist man mit Verschlechterungen aller Art gar nicht sparsam. So sind die Arbeiter des Anilin-Magazins, die beim Einfüllen der Farben beschäftigt werden, zurzeit mit Arbeit überlastet. Dort wurden früher 18, später 18 und jetzt 9 Arbeiter beschäftigt, trotzdem die Tagesleistung wesentlich erhöht ist, ohne daß technische Verbesserungen eingeführt wären. Früher mußte ein Arbeiter 1000 bis 1200 Kilogramm trockene Farbe einzufüllen, jetzt jedoch 2000 bis 2500 Kilogramm. Das Einfüllen ist mit starker Staubaufwirbelung verbunden, weshalb früher die Arbeiter abgelöst und einige Tage mit anderer Arbeit beschäftigt wurden. Die Arbeiter nennen das freie Tage. Dieser Arbeiterschweif ist jetzt zum Schaden der Arbeiter befürchtet. Nun wäre das Vorgehen der Betriebsleitung verständlich, wenn es gelungen wäre, durch technische Verbesserungen den Staub zu beenden. Das ist aber in den Altklämmen nicht überall der Fall. So gibt es noch Räume, in denen die Ventilation fehlt. Falls aber die Arbeiter zum Abzug des Staubes das Fenster öffnen, riskieren sie entlassen zu werden.

X Explosion im Stickstoffbetrieb der B. A. G. S.
Am 10. November, früh um 1½ Uhr, explodierte im Stickstoffbetrieb in Oppau ein Druckrohr direkt am Ofen, der unter 250 Atmosphären Druck stand. Durch die Gewalt der Explosion wurden die Fenster im Dach und in den Wänden herausgeschleudert. 25 Betriebsarbeiter starben. Massive Wände wurden verschoben, starke Eisen türen wurden abgerissen und verbogen. Im Nachbargebiet wurden sogar die Fenster eingedrückt und die im Betrieb und Nachbarbetrieb beschäftigten Personen zu Boden geschleudert. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu beklagen, auch keine schweren Verletzungen zu verzeichnen. Wäre die Explosion am Tage erfolgt, so wären sicher Menschenleben nicht nur gefährdet, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit vernichtet worden. Explosionen finden in diesem Betrieb häufig statt, aber mit solcher Wucht und Ausdehnung war noch keine zu verzeichnen. Leider stellt diese Explosion noch nicht die Grenze nach oben dar, sondern es sind bedeutend stärkeren Beträgen fähig. Da muß sich jedem Menschenrechte die Frage aufrichten, was denn die Anilinfabrik zur Verhütung weiterer Explosionen zu unternehmen gedenkt. Wenn erst ein Massenunglück erfolgt ist, dann läuft sich der Schaden nicht wieder gut machen. Die Arbeiter, deren Familien und die Oberschicht haben ein Interesse daran, daß die größtmöglichen Sicherheitsmaßregeln getroffen werden.

Neue Chromatopore.

Vor Jahresfrist waren wir gezwungen, einer allzu glänzend geschilderten Befriedigung eines Buches über die Gefahren der Chromatverbindungen entgegenzu treten. Wir führten damals eine Liste extraktiver und verarbeiteter Arbeiter der Chromatfabrik in der B. A. G. S. in Ludwigshafen a. Rh. zum Beweise an. Dr. Gutschmann in Greppin glänzte dieses Beweismaterial; das war sein gutes Recht. Nun mag man über die Möglichkeit der Anwendung von Vergleichsdaten verschiedener Meinung sein, aber jedenfalls war das von uns angeführte Material besser zur Beweisführung geeignet, als Judy pulver zur Erklärung von Erkrankungen bei der Filmfabrikation. Wir wollen deshalb einen weiteren Beitrag zur Geschichte des Chromats liefern. Kurzlich starb in Ludwigshafen der Arbeiter Weber, der schon im Jahre 1908 wegen chronischer Chromatvergiftung die Arbeit aufgegeben hatte, im Alter von erst 44 Jahren. Einige Tage darauf starb der Arbeiter Kühlmann nach dreijähriger Krankheit im Alter von erst 31 Jahren. Er war zwölf Jahre im Chromatfabrik betriebsmäßig und mußte im Alter von 28 Jahren die gefährliche Arbeit aufgeben. Da die Beschäftigung gleichzeitig war, bedarfenes Beweis, denn die Betriebsleitung mußte erhebliche Änderungen bei der seitherigen Fabrikationsweise treffen. Hoffentlich bewähren sich diese Verbesserungen, damit die Zustände im Chromatbetrieb endlich mit den Ausschreibungen des Fabrikdirektors Dr. Gutschmann übereinstimmen.

Eine Äther-Explosion.

In der Fabrik der Dr.-Schlechner-Aktiengesellschaft, die sich mit der Herstellung photographischer Bedarfsartikel beschäftigt, fiel am 13. November beim Auflösen von Äther ein Ballon um, und der auslaufende Äther ergoß sich auf den Hof. Die sich entzündenden Gasen entzündeten sich an einer Öllampe, mit der ein Klempner in etwa acht Meter Entfernung arbeitete. Mehrere Ballons zogen sofort zur Explosion und gewaltige Stichflammen schossen durch den Hof. Dr. Formstädter, der Arbeiter Star und ein Lehrling, die in unmittelbarer Nähe des Ballons standen, erlitten erhebliche Brandwunden und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Lehrling sollte nach Anlegung von Nervenbändern wieder entlassen werden. Außerdem verunglückte ein Kutscher, der in einem auf dem Hof stehenden Pferdestall mit Pferden beschäftigt war. Er wurde gleichfalls von einer Stichflamme getroffen und im Gesicht und an den Händen verletzt. Das Pferd und ein Hund trugen leichtere Brandwunden davon.

Papier-Industrie

Glänzende Gewinne den Aktionären, hungerlöhne den Arbeitern.

Seit langer Zeit liest man im "Wochenblatt für Papierfabrikation" bewegliche Klagen der Papierfabrikanten über

versichert wird, sollen die beiden Kampfhäfen heute in größter Eintracht wieder zusammen arbeiten. Überhaupt sollen sich in den Beweisen in dieser Hude gar nicht so selten sein.

Es ist wohl selbstverständlich, daß eine Firma, die niedrigen Löhnen und der Brüderstrafe huldigt, auf die Organisation der Papierarbeiter, den Deutschen Fabrikarbeiterverband, schlecht zu sprechen ist. Folgende Bekanntmachung illustriert das und gewährt zugleich einen Einblick in den Zweck gewisser Wohltätigkeitsvereinigungen.

Bekanntmachung.

Die Vorcommunis im Frühjahr haben leider gezeigt, daß die kurz vorher verteilten Weihnachtsgeschenke nicht die Absicht gegeben haben, die wir erhoffen und erwarten müssen.

Es ist selbstverständlich, daß die betreffenden Elemente die Vergünstigungen nicht mehr erhalten können, anderseits möchten wir aber nicht, daß die guten Leute mit darunter leiden sollen.

Wir stellen es jedem Beschäftigten an, der sich um ein Weihnachtsgeschenk bewirbt, im Konträr durch seine Unterschrift auf Wahrheit und Ehre zu erklären, daß er keiner Organisation angehört und einer solchen nicht beitreten wird.

Allzumal werden wir bei dem Aufsichtsrat befürworten, den Unterzeichneten in der Liste ein Weihnachtsgeschenk von 30 M. für verheiratete Männer, 15 M. für unverheiratete seit dem 31. August 1912 bei uns Beschäftigte zu bewilligen.

Radebeul, den 31. Oktober 1912.

Die Direktion der Annendorfer Papierfabrik, A.-G.

gez.: Hols. Kaufm.

Die Firma mutet also ihren Arbeitern zu, ihr Solidaritätsrecht um den Preis von 30 Silberlinge zu veräußern, obwohl sie für sich selbst dieses Recht nach jeder Richtung ausnützt. Nicht uninteressant ist die Zusammenziehung der Leitung der Annendorfer Papierfabrik. Fünf Vantiers bilden den Aufsichtsrat. Hierzu tragen zwei den Gehämen und einer den einfachen Kommerzienratstitel. Die Arbeit dieser Herren ist überaus schwierig. So sitzt der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kommerzienrat Bergmann, nebenbei noch im Aufsichtsrat der Kreidvöller Altenpapierfabrik, die in diesem Jahre ebenfalls 10 Prozent Dividende verteilt, und in der Portland-Zementfabrik Halle. Die Summe der Vantiers, die es so einflekt, dürfte manchen Arbeitsschluß aufzuzeigen. Sein Vertreter, Geh. Kommerzienrat Lehmann, sitzt inzwischen 100000 Mark jährlich an Tantiemen. Der dritte Aufsichtsrat, Geh. Kommerzienrat Stelzer, hat „nur“ acht solcher Posten. Herr K. Knoblauch, Betriebsleiter a. D., ist der Prolazier unter seinen fünf Kollegen; er besitzt nur ein paar lumpige tausend Mark Tantiemen der Annendorfer Papierfabrik. Als jüngsten Aufsichtsrat finden wir den preußischen Herrenhäusler und Banker Delbrück. Dieser arme Mann sitzt nur in neunzehn Aufsichtsrätsposten, u. a. bei Krupp in Essen und bei der A.-G.; außerdem gehört er noch dem Zentralausschuß der Reichsbank in Berlin an. Wir finden also in der Leitung der Annendorfer Papierfabrik die „Edelsten und Besten der Nation“, die es aber ruhig mit ansehen, wie ihre Arbeiter mit Hungerlöhnen abgepeist und gleich Gelotzen behandelt werden. Den Annendorfer Papierarbeiter sollten diese Tatsachen Anlaß zum Denken geben; sie sollten sich auf ihre Menschenrechte und Menschenrechte befreuen. Annendorfer Papierarbeiter! Habt ihr nicht dasselbe Recht wie eure Aktionäre, bis zur schweren Arbeit anständig leben zu können? Warum nicht daran, bis für euch durch die Größe des Aufsichtsrats ein Almosen abfällt, sondern eckämpft auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, mehr Recht und mehr Freiheit durch euren Zusammenschluß im Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands!

+ Langenrohrbruch im Zellstoffloch.

In der Zellstofffabrik L. S. R. Wolf in Schwerin platzte am 7. November das Langenrohr eines Ofens während des Füllens. Die vier im Kocher beschäftigten Arbeiter schwanden in höchster Lebensgefahr. Die Leitung der Personen war noch durchweg erstaunt, daß keine Strickleiter vorhanden war. Es werden nur zusammenstehende Leitern benötigt oder vier Personen müssen am Seil hinuntergezogen werden. Glücklicherweise gelang es trotzdem noch, alle vier zu retten. Drei Kollegen mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

+ Einsatz in der Papierfabrik.

Bei der Schneiderschen Papierfabrik zu Görlitz ereignete sich am 14. d. R. vormittags, ein schwerer Unglücksfall. Der Arbeiter Portamp läuft aus der ersten Etage in den Fahrstuhlkasten und zog sich einen Schädelbeinschaden zu, so daß die jetzt Überjährige in das Grämmar Stadtkrankenhaus notwendig machen.

+ Die Transaktion.

Zu dem der Kriegsgeellschaft für Maschinenpapierfabrikation gehörigen Zellstoffbetrieb in Siegen kam der Arbeiter Horzmann aus Goldbach, der das Holz von den Schnitzmaschinen vor die Schnitzstationen brachte, der Transportkette zu nahe und wurde von einem Hammer erschlagen. Die Schnitzarbeiterin brachte ihm erhebliche Schaden am Kopfe bei und schleppten ihn rückwärts von den drei Metern hohen Holzstapeln, so daß er bewußtlos in das Alsfeldberger Krankenhaus übergeführt werden mußte.



Arbeitsgemeinschaft.

Das kürzlich gegründete „Kartell der schaffenden Stände“, das die Unternehmer der Industrie, der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes zu gemeinschaftlichem Handeln zusammenführte, sowie die angeregte Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Betriebsarbeiterverbände, hat auch in den Kreisen der Ziegelerarbeiterchaft den Nachdruckstreit ausgetragen. Im lipperischen Zieglergewerbeverein dämmerte allmählich die Erkenntnis, daß eine kleine Sozialorganisation, die ihrer Kürzungskreis ebensoviel politischen und religiösen Gesichtspunkten einengt, einer geflohenen Unternehmensorganisation gegenüber zur Schau sticht vertrieben ist. Getrenn dem Grundgesetz: „Selbstverantwortlichkeit ist der erste Schritt zur Verbesserung“, hat zum der Gewerbeverein den Vorschlag gemacht, für die Ziegelerarbeiterchaft eine Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, die alle Ziegelerarbeiterorganisationen und den Ziegelerarbeiterstand umfaßt. Um dem hochmullen Beobachter der Ziegeler-

bewegung, mit dem besonders der Gewerbeverein in den letzten Jahren traktiert wurde, begegnen zu können, soll ein „Verein von Werkleuten“ gebildet werden, eine Arbeitsgemeinschaft, vom rechtsstehenden Ziegelmeisterverband bis zum linksstehenden Fabrikarbeiterverband gegründet werden.

„Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den Organisationen muß zustande kommen“, schreibt der Gewerbeverein, damit unter der Berücksichtigung die Zieglerarbeiter nicht zu sehr zu leiden hat. Und wieder ist die Arbeitsgemeinschaft zu hintertrieben, die im nächsten Jahrzehnt, der in der Zieglergesellschaft zu beginnen ist, die Zieglerarbeiter und die Ziegelmeister verbinden soll. Eine Arbeitsgemeinschaft muß es natürlich sein, die zustande kommt. Hat einer der Faktoren Hintergedanken, so wird das Zusammengehen erschwert und die Gegenseite zwischen den einzelnen Verbänden vertieft sich, anstatt mild zu werden.“

Es muß schlecht um den Gewerbeverein stehen, daß er sich auf einmal so als Hasser der Berücksichtigung gebärdet, um deren willen er doch gegründet wurde. Sein Gründer und geistiger Nährbauer, Pastor Geiß, wird wohl ob dieser Ungeratenheit die Hände ringen. Man will nun zwar den Anschein erwecken, als seien es die Interessen der Ziegler, die den Gewerbeverein veranlaßten, seiner ursprünglichen Bestimmung und seitherigen Tätigkeit untreu zu werden. Mein diese Interessen der Ziegelerarbeiter erfüllen nicht erst seit heute; die Ziegelerarbeiter haben unter der Berücksichtigung schon immer gelitten, und es ist anzunehmen, daß dies der Gewerbevereinsleitung auch schon immer bekannt war, da ihr der Verstand doch schon mit dem Austritt ihres Amtes gekommen sein dürfte — obwohl einzelne Vorgänge dagegen sprechen.

Es scheinen also andre Gründe vorhanden zu sein, die dem Gewerbeverein den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft abtrohnen haben. Vielleicht war es der Misserfolg des letzten Jahres. Die mit marktbeschreitender Reklame eingeleitete „Lohnbewegung“ von 1912 fiel ins Wasser, so daß der dadurch erhoffte Zuwachs an Mitgliedern ausblieb. Die wenigen Arbeiter, die sich dabei in die Reihen des Gewerbevereins berührten, wurden bald wieder fahnenflüchtig, und vergeblich schäfte man Siegabriebe hinter ihnen her. Aber damit noch nicht genug, auch der Antrag an die lippische Regierung, sie möge beim Bundesrat für Beseitigung des Falles auf Sped eingetreten, wurde abgelehnt. Und diese Misserfolge, trotz der ständigen Befürchtung, „treu zu Kaiser und Reich“ zu stehen, trotz der „Fürsorge“ des lippischen Ministers, trotz der Protection eines Pastors. Die führen Worte: „Und neues Leben blüht aus den Ruinen“, die der neuen Gewerbevereinsleitung vor 2 Jahren in großen Lettern im Gewerbevereinsorgan „Gut Brand“ gewidmet wurden, haben sich nicht erfüllt. Es ist bei den Ruinen geblieben, das „neue Leben“ soll nun durch die Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden.

Der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft der Ziegelerarbeiterorganisationen ist nun keineswegs eine alleinige Erfindung des Gewerbevereins. Auch wir haben uns schon mit diesem Gedanken beschäftigt. Wenn wir damit noch nicht an die Oeffentlichkeit traten, so deshalb, weil wir gelegentlich der gemeinschaftlichen Lohnbewegungen mit Organisationen anderer Richtung Erfahrungen machen müssen, die zu einem ständigen Zusammenarbeiten recht wenig reizten.

Außerdem war es unserer Organisation durch ihre Ausbreitung und finanziellen Mittel noch stets möglich, auch in der Ziegelindustrie Erfolge zu erzielen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorwärts zu treiben. Und diese Möglichkeit ist uns auch in Zukunft gegeben, sofern es die Ziegelerarbeiter nicht an dem nötigen Willen fehlen lassen.

Wenn wir trotzdem die angeregte Arbeitsgemeinschaft willkommen heißen, so geschieht dies nicht, um dem angedrohten Bannstrahl des Gewerbevereins zu entgehen, sondern weil wir es als unsre Aufgabe betrachten, überall unsern Mann zu stellen, wo es gilt, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen. Aus diesem Grunde standen wir auch im Frühjahr 1912 bei der Lohnbewegung in Bielefeld an der Seite des Gewerbevereins, und das war es auch, was uns veranlaßte, dem Gewerbeverein die Arbeitsgemeinschaft im Ruhrgebiet anzubieten, die aber von ihm abgelehnt wurde. Wir wollen dem Gewerbeverein jedoch dieserhalb nicht grallen, obwohl es ja damals auch um die Interessen der Ziegelerarbeiter handelte; wir freuen uns vielmehr, daß sich der Gewerbeverein nun endlich zu der Ansicht durchzuringen vermögte, daß die „verhängnisvolle Berücksichtigung der Arbeiterschaft schon viel Schaden angerichtet und eine gewisse Produktionsentwicklung aufgehoben hat“. Es ist also damit zu rechnen, daß der Gewerbeverein nunmehr alle Berücksichtigungsarbeiten verabschaut. Will er allerdings dabei ehrlich sein, so muss er sich selbst aufzugeben. Denn die Arbeitsgemeinschaft wird die Berücksichtigung und damit die Schädigung der Arbeiterschaft keineswegs befehligen.

Man gibt der Gewerbeverein zu, daß er bei dem Zusammengehen mit uns in Bielefeld nicht „sozialdemokratisch“ geworden sei. Damit will er sagen, seine Mitglieder hätten bei diesem Zusammengehen weder ein Leib noch an Seele Schaden gelitten. Auch die übrigen „christlichen“ Organisationen sind bis heute den Nachweis schuldig geblieben, daß die gemeinsam geführten Lohnbewegungen das Seelenheil ihrer Mitglieder beeinträchtigt haben. Es wird dies auch bei der neuen Arbeitsgemeinschaft nicht befürchtet, sonst hätte man uns zwecklos davor ausgezöglossen. Diese Tatsachen süßen das Eingeständnis in sich, daß eine einheitliche Organisation der Arbeiterschaft, trotz der unterschiedlichen Ansichten

ungen, wohl ebenso möglich ist, wie bei den Unternehmern. Es wäre ja auch wunderbar, wenn die Arbeiter, die in einträchtiger Weise jahrelang nebeneinander arbeiten, um für den Unternehmer Profit zu schinden, nicht ebenso einträchtig hin und wieder einige Stunden zusammen sein könnten, um ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. Denn Brot und Recht hat die Arbeiterschaft mindestens so nötig, wie das religiöse und patriotische Gefühl der sogenannten christlich-nationalen Gewerkschaften. Und diese Erkenntnis will sich bei der weiteren Zustigung der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital, in immer größerem Maße bei der Arbeiterschaft durchringen, einerlei, ob mit oder ohne Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft wird dieser Erkenntnis nur die Brüder schlagen helfen.

Der Gewerbeverein legt nun Wert auf eine „ehrliche“ Arbeitsgemeinschaft ohne Hintergedanken. Das tun auch wir, nur nehmen wir etwa vorhandene Hintergedanken nicht so tragisch, da sich diese noch stets an ihren eigenen Trägern gerächt haben.

Von der Arbeitsgemeinschaft darf aber nun nicht alles geträumt werden. Sie wird gewiß die Stärke der organisierten Arbeiterschaft erhöhen, ihren Einfluß vermehren, sie wird über den Kampf nicht auszuschalten vermögen, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Im Gegenteil, die Kämpfe dürften häufiger werden, da die Möglichkeit des Angriffs und des Widerstandes dann mehr gegeben ist. Eine Arbeitsgemeinschaft, die nur Lohnforderungen aufstellt und sie auf Gnade oder Ungnade des Unternehmers überläßt, wie dies der „christlichen“ Arbeitsgemeinschaft im Jahre 1912 beliebte, hat ihren Zweck versiegt, sie wird ein Gegenstand des Unternehmerspotzes. Der Arbeitsgemeinschaft muß also Aktionen und Kampfefähigkeiten innewohnen, ohne daß sie dabei ein Instrument planloser Streikputztheit werden darf.

Ob sich der Gewerbeverein über diese Frage klar ist, erscheint in Anbetracht seiner geringen finanziellen Mittel fraglich. Er glaubt vielleicht, daß es wiederum so gehe wie 1906, wo die „christliche Arbeitsgemeinschaft“ die Anregung zur Heraufsetzung der Arbeitszeit von 14 auf 12 Stunden in einer Anzahl Ziegeleien gab. Wenn sie mit dieser Anregung hier und da Erfolg hatte, so lag das daran, daß sich bei dem damals infolge der Hochkonjunktur herrschenden Arbeitermangel die 14stündige Arbeitszeit nicht mehr hochhalten ließ, um so weniger als sie ja auch durch die technische Entwicklung der Ziegelindustrie schon längst überflüssig geworden war. Außerdem waren die Ziegeleibesitzer nur in geringfügigem Maße organisiert und daher auch nicht über die Stärke und Bedeutung der Ziegeleiarbeiter-Bewegung unterrichtet. Heute liegen die Beziehungen für die Arbeiter wesentlich ungünstiger. Es handelt sich um Forderungen, denen die Ziegeleibesitzer den größtmöglichen Widerstand entgegensezieren. Die Unternehmer haben außerdem eine starke Organisation und sind sich über das Stärkeverhältnis des Arbeiters nicht im unklaren. „Freiwillige“ Zugeständnisse hat die Arbeitsgemeinschaft deshalb nicht viel zu erwarten. Der Kampf wird ihre Lösung sein müssen. Wir sind bereit, mögen es auch die andern sein.

B.

- Rentabilität der Baumwollindustrie.

Seit einer Reihe von Jahren sind die wichtigsten Zweige der Baumwollindustrie immer wieder von Krisen heimgesucht worden. Bald verursachte der Rückgang der Baumwollkonjunktur eine Siedlung des Abholers, bald führte die teilweise übermäßige Vergrößerung der Produktion (zum Beispiel in der Zement- und Ziegelindustrie) zu ruinösen Preissämpfen, sehr häufig troffen auch Absatzknappheit und Konkurrenzpreis zusammen, von Firmen herbeizuführen. Seltener ist zum Beispiel den Zementfabriken und den Ziegelfabriken wirklich eine mehrjährige Periode günstiger Konjunktur begegnet. Wenn nach verlustreichen Preissämpfen das Groß der Interessenten beschließt, durch entsprechende Einschränkung der Produktion und durch eine Verständigung über die Absatzgebiete den Markt zu stabilisieren und das Preisniveau zu halten, so entstehen gewöhnlich schon nach kurzer Zeit wieder Außensteiter, deren starke Konkurrenz leichtlich zur Unruhe und letzten Endes gar zur Auflösung der Kartelle, Syndikate und Konventionen führt. Infolgedessen stehen die hauptsächlichsten Zweige der Baumwollindustrie im Zeichen der Ungewissheit über die künftige Entwicklung der Absatz- und Preisverhältnisse.

Im Geschäftsjahr 1912 hat sich die Rentabilität der Kriegsgeellschaften der Baumwollindustrie etwas gehoben, obwohl die Bautätigkeit in den größeren Städten nachließ. Bekanntlich ergab sich aus der Belebung der Konjunktur im Tiefland sowie aus der Zunahme des Exports von Baumaterialien, namentlich von Zement, ein gewisser Ausgleich. Außerdem war die Marktlage, durch die im Jahre 1911 in größerer Zahl abgeschlossenen Konventionen neu, etwas gestiegen.

Bisher haben 164 Kriegsgeellschaften ihre Bilanzen für das Jahr 1912 mit dem Vorjahr vergleichbar veröffentlicht. Das gesamte Nominalkapital dieser Unternehmungen ist von 241,91 auf 243,05 Millionen Mark gestiegen. Die Summe der verteilten Dividende ist von 14,48 auf 16,99 Millionen Mark angewachsen. Der durchschnittliche Dividendenzettel erhöhte sich also von 6,0 auf 6,9 Prozent. In den einzelnen Gruppen der Baumwollindustrie entwickelten sich die Dividendenergebnisse wie folgt:

	Zahl der Aktienkapital Geistlich, in Mill. Mark	Dividende in Proz.
Zementfabriken	74	150,65
Tonwerke, Schamottefabriken	27	48,23
Mörtel- und Kalkwerke	12	15,77
Ziegeleien	51	26,36

Wesentlich hat sich die Rentabilität der Zementfabriken gehoben. Die Ziegeleien, Mörtel- und Kalkwerke haben schlechter abgekennet als im Vorjahr. Auch die Tonwerke und Schamottefabriken mußten ihre Dividende durchschnittlich etwas reduzieren. Das Geschäftsjahr 1913 dürfte für die Baumwollindustrie im großen und ganzen wenig erfreuliche finanzielle Resultate bringen, was jedoch nicht auf das Konto der Arbeiter zu stehen ist.

	Zahl der Aktienkapital Geistlich, in Mill. Mark	Dividende in Proz.
1911	1912	1911 1912
Zementfabriken	74	150,65
Tonwerke, Schamottefabriken	27	48,23
Mörtel- und Kalkwerke	12	15,77
Ziegeleien	51	26,36

Wesentlich hat sich die Rentabilität der Zementfabriken gehoben. Die Ziegeleien, Mörtel- und Kalkwerke haben schlechter abgekennet als im Vorjahr. Auch die Tonwerke und Schamottefabriken mußten ihre Dividende durchschnittlich etwas reduzieren. Das Geschäftsjahr 1913 dürfte für die Baumwollindustrie im großen und ganzen wenig erfreuliche finanzielle Resultate bringen, was jedoch nicht auf das Konto der Arbeiter zu stehen ist.

Wesentlich andere Gesichtspunkte eröffnet das neuerdings bekannte Verfahren nach D. R. B. Nr. 266277, welches keine Chemikalien zur Erzielung einer größeren Widerstandsfähigkeit gegen die zerstörenden Einflüsse des Meerwassers verwendet, sondern die bekannte Kieselgur, welche dem Portlandzement bei der Herstellung zugesetzt wird. Die Klinke werden vor dem Vermahlen mit solchen Mengen trockener oder getrockneter Kieselgur versetzt, wie nötig sind, um den gekenneten, im Verlauf des Erhärtingsprozesses freiwerdenden Kalk zu binden. Bei Ausführung des Verfahrens werden also Gemenge von 80 Klinkern mit 20 Kieselgur bis 60 Klinkern mit 40 Kieselgur zusammengekümmelt. Der so gewonnene Mörtelbinder wird genau so wie gewöhnlicher Portlandzement verarbeitet.

Durch das Zusammenmahlen wird jedes Teilchen Kieselgur mit Zement umhüllt und eine weitgehende mechanische Aufschließung bedingt. Umgekehrt liegt für jedes Zementteilchen die wirksame Kieselgurreserve bereit und das bei der Erhöhung sich ausschließende Kalkhydrazin findet im statu nascendi leicht reagierende Kieselgur vor, so daß unmittelbar ein hydrazinisches Silikat entsteht. Die Erhöhung, sagt die amtliche Patentchrift, beruht auf der überzeugenden, bisher nie gemachten Beobachtung, daß eine so große Menge Kieselgur verdaut werden kann, wobei allerdings die besondere Aufbereitung mitbestimmt ist. Bis her war es nur bekannt, daß treibender, also anomaler Portlandzement durch ganz geringe Mengen Kieselgur, 1-3 und höchstens 5 Unzen pro Kilo des Zements nicht entfernt werden kann, was in unlösliche Ver